Der Jüdische Arbeiter

Monatsschrift

Jahrgang III. Februar—März 1922. Heft 2—3.

Die internationale Arbeitsgemeinschaft und die internationale Einheitsfront.

I.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, die nunmehr ein Jahr alt geworden ist, wurde gegründet in der Erkenntnis, daß weder die Zweite Internationale noch die Dritte die Funktion einer wirklichen Internationale erfüllen könne. Die Zweite Internationale, die einmal die Internationale gewesen war, hatte aufgehört es zu sein, sie war im Kriege nicht nur äußerlich zusammengebrochen, sie hatte auch an ihrem innersten Wesen Schaden gelitten, da sie es nicht vermocht hatte, den Geist des Internationalismus lebendig zu erhalten. Manche ihrer Parteien haben den Wahn des Sozialpatriotismus auch nach dem Kriege nicht völlig überwunden. Schon darum allein fehlte ihr zu wirksamen internationalen Aktionen mehr noch als der Wille die Kraft.

Zu diesen inneren Hindernissen kam die Tatsache, daß der in den Parteien der Zweiten Internationale immer mehr überhandnehmende Glaube an die Ausschließlichkeit der sozialen Reformen zwischen ihr und der Dritten Internationale eine Kluft auftat, die durch den alles beherrschenden Gegensatz von Demokratie oder Diktatur unüberbrückbar schien.

Die Dritte Internationale ward ebensowenig die Internationale. Sie vereinigte nur die kommunistischen Parteien, die die zum Dogma gewordene — heute allerdings nicht mehr aufrechterhaltene — Lehre annahmen, daß der Kapitalismus den Krieg nicht überleben könne und daß überall sofort die soziale Revolution ausbrechen müsse. Mag zuerst der Demobilisierung die Schöpferrolle der proletarischen Revolution für alle Länder, die siegreichen nicht weniger als die besiegten, zugeschrieben worden und mag später ein Wechsel in der Rolle des Revolutionsschöpfers eingetreten sein — immer behielt die kommunistische Internatio-

nale diese Anschauung als das Fundament ihrer Existenz und sie erklärte sich ausdrücklich als die Vereinigung bloß derer, die von dem sofortigen Ausbruch der Revolution überzeugt waren und ausschließlich danach ihre Tätigkeit und Taktik einzurichten hatten.

Im letzten Jahre gab sie allerdings ihre Prognose preis, aber jene, die von vornherein diese Prognose kritisch beurteilt hatten und daher ihr Handeln anders einrichteten, waren nicht nur die Angehörigen der Zweiten Internationale. Vielmehr gab es eine Reihe von Parteien, die auch im Kriege die Fahne des Internationalismus hoch gehalten oder zumindest nachher die sozialpatriotischen Elemente überwunden hatten und die deshalb ebenso wie wegen ihrer Ablehnung der ausschließlichen Einstellung auf die sozialen Reformen aus der Zweiten Internationale ausgetreten waren: die Partei der Unabhängigen Sozialisten (U. S. P.) Deutschlands, die aus der Gegnerschaft gegen Sozialpatriotismus, Burgfriedens- und Durchhaltepolitik entstanden und in diesem Kampfe groß geworden war, die Indepedent Labour Party (I. L. P.) Englands, die in gleicher Weise den Kriegsimperialismus des eigenen Landes bekämpft hatte, die nunmehr von Friedrich Adler in Oesterreich und von Longuet in Frankreich geführten Parteien, die serbischen Sozialisten, die russischen Menschewiki und gleichgesinnte Parteien kleinerer Länder und Völker. Diese Parteien vermochten jedoch nicht, den Glauben an die allgegenwärtige, unmittelbare Weltrevolution zu teilen und sie mußten notwendigerweise die auf diesem Glauben beruhende, von Moskau diktierte Organisation und Taktik ablehnen.

Diese zentristischen Parteien also, die sich im Februar 1921 in Wien zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, wollten nicht eine Vierte Internationale neben die Zweite und Dritte stellen, da sie gerade davon ausgingen, daß die Existenz von mehreren Internationalen die Internationale ausschließe und daß eine solche vorderhand unmöglich war.

II.

Die Wiener Arbeitsgemeinschaft lehnte es also ab, sich als Internationale zu bezeichnen; sie wollte bloß den Kern der künftigen Internationale schaffen und erblickte den Weg zu ihr in dem, was die Zweite verwissen ließ und was die Dritte ebensowenig leistete: in internationalen Aktionen. Hier wollte die Arbeitsgemeinschaft den Hebel ansetzen, während die bestehenden Internationalen nicht einmal innerhalb ihres eigenen Parteienbereiches, geschweige denn darüber hinaus, eine gemeinsame Aktion zustande brachten. In der Zweiten Internationale fehlte mancher Partei wegen ihrer Regierungsgemeinschaft mit der nationalen Bourgeoisie die Kraft zur wirksamen Gemeinschaft mit den an-

deren sozialistischen Parteien; die kommunistische Internationale aber, die sich stolz die Internationale der Tat nennt, hat in den aktuellen Fragen nicht nur keine internationale Tat gesetzt, sondern auch keinen realen Plan zu einer solchen besessen. Es war daher schon unleugbar von Bedeutung, daß die Internationale Arbeitsgemeinschaft bald nach ihrer Gründung die ihr angeschlossenen Parteien Frankreichs, Deutschlands (U. S. P.) und Englands (I. L. P.) dazu bestimmte, in der einschneidenden Frage der Reparationen zu gemeinsamen Entschlüssen zu kommen.

Es ist jedoch klar, daß von einer wahrhaft internationalen Aktion erst dann die Rede sein kann, wenn sie über den Parteienbereich einer internationalen Organisation hinausgeht und alle proletarischen Parteien in eine einheitliche Front bringt. Auf diesen Weg wies nun die Erkenntnis die Arbeitsgemeinschaft: auf die Einheitlichkeit in der internationalen Aktion bei Aufrechthaltung der Verschiedenheit, ja Gegensätzlichkeit in den Grundsätzen und in der Organisation. Darum mußte die Arbeitsgemeinschaft auf der Konferenz mit der Labour Party eine dauernde Gemeinschaft mit der Zweiten Internationale ablehnen, um nicht die notwendige Gemeinschaft mit den anderen sozialistischen Parteien zu gefährden. Die sorgsame Unterlassung dieses unreifen Versuches zeitigte bald ihren Erfolg: an der Fünfländerkonferenz nahm auch die sozialistische Partei Italiens teil.

Welche Bedeutung dieser Tatsache zukommt, geht daraus hervor, daß die italienische sozialistische Partei bereits der Dritten Internationale angehört hatte. Unter den sozialistischen Parteien der siegreichen Großmächte war sie die einzige, die als Ganze auf die kommunistische Lehre eingeschworen und darum kein geringer Stolz der Kommunistischen Internationale gewesen war. Es beweist nur deren Unzulänglichkeit, daß gerade die italienische Partei mit ihr brechen mußte und in Isolierung, fern von jeder internationalen Organisation verblieb. Wenn sie aber trotz dieser Isolierung in organisatorischer Beziehung an der Fünfländerkonferenz teilnahm, so tat sie es, weil hier mit vereinigten Kräften an eine aktuelle Frage, die Reparationen, herangetreten werden sollte. Es ward damit nur die Richtigkeit der von der Arbeitsgemeinschaft gegenüber der Zweiten Internationale geübten Taktik erhärtet und bewiesen, daß ohne Rücksicht auf organisatorische Zugehörigkeit und programmatische Verschiedenheit die Koordinierung der proletarischen Kräfte nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

Dahin aber drängen die Umstände. Das System der Gewalt, das die Regierungen der Bourgeoisie ihrem Friedensvertrag zugrunde gelegt haben, hat Staaten und Völker ins Elend gestürzt, das aber die „Siegerstaaten" selber in Mitleidenschaft zieht.

Ihre Arbeiterklasse wird von der Arbeitslosigkeit heimgesucht, während in den besiegten Ländern die Teuerung und Valutaentwertung das Volk zugrunde richtet. Aber trotzdem hat das kapitalistische System, das anfänglich ins Wanken geraten zu sein schien, sich erholt und die Bourgeoisie ist zum Angriff gegen die Arbeiter übergegangen. Wirtschaftlich geht die Unternehmerklasse mit Lohnherabsetzungen vor, sie greift den Achtstundentag und die sozialpolitischen Errungenschaften an, während sie politisch über das Proletariat zur Tagesordnung übergehen möchte. Ueber seinen Kopf hinweg einigen sich die Regierungen der Bourgeoisie über die wichtigsten Lebensfragen oder aber sie unterlassen die Einigung und beschwören neue internationale Konflikte herauf.

Die internationale Revolution ist nicht gekommen. Im Gegenteil: die Reaktion ist im Vormarsche. Und da fangen die Arbeiter endlich an, sich aufzubäumen gegen ihre bisherige Untätigkeit. Nur allzusehr empfinden sie die Ohnmacht, die in ihrer Zerrissenheit liegt und allseits ruft der proletarische Instinkt nach Vereinigung der Kräfte. Diese Tendenz hat namentlich im letzten Jahre auch auf der linken Seite große Fortschritte gemacht: der Uebergang Sowjetrußlands zum kapitalistischen Kurs, der Zusammenbruch des als revolutionärer Auftakt gedachten Putsches in Mitteldeutschland, die Niederlage der Generalstreiks in Böhmen und anderswo dämpfen die Illusionen herab und lassen auch die kommunistischen Arbeiter empfinden, daß jetzt an Stelle des Streites im Proletariat um den Weg zu den letzten Zielen der Kampf gegen die Bourgeoisie um die unmittelbaren Forderungen gerichtet und mit den vereinigten Kräften des gesamten Proletariates geführt werden muß. Dieselbe Tendenz erfüllt natürlich auch die Arbeiter von rechts und so ist der Ruf nach der Einheitsfront allgemein geworden.

III.

Aber wenn die Forderung anerkannt ist, so drohen ihrer Verwirklichung schon jetzt ernste Gefahren. So möchte manche Partei der Zweiten Internationale die Einheitsfront, aber ohne die „kommunistischen Zerstörer'. Auf der linken Seite wieder möchten die französischen Kommunisten am liebsten die Einheitsfront in eine „revolutionäre Front" verwandeln, um die „Sozialverräter" nicht mit den kommunistischen Arbeitern, oder wie Frossard es sagt, mit der „proletarischen Elite" in Berührung kommen zu lassen.

Solche Neigungen bei beiden Extremen sind verständlich, aber sie werden um der Sache willen überwunden werden müssen.

Die Popularität der Forderung der Einheitsfront wird aber auch nicht dazu mißbraucht werden dürfen, um aus ihr Parteikapital zu schlagen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale, deren Beschlüsse über die internationale Einheitsfront zur Zeit noch nicht bekannt sind *) hat auf der Sitzung im Dezember 1921 für die Politik in den einzelnen Ländern die Einheitsfront zur Hauptparole des Tages bestimmt. Aber die Thesen der Kommunistischen Internationale machen auch kein Hehl daraus, daß sie die Parole der Einheitsfront zu agitatorischen Zwecken brauche. Insbesondere wollen die Kommunisten mit diesem Mittel einen Zutritt zu den Arbeitermassen überall dort gewinnen, wo sie ihn bisher nicht finden können oder verloren haben. Ja, sie gehen sogar so weit, die Spaltungen, die sie früher geschaffen haben, mit der gleichen Begründung zu erklären: mit der Notwendigkeit der „Freiheit der Agitation und Propaganda". Es verschlägt nichts, daß diese Begründung die frühere Begründung verschweigt, wonach die Vorbereitung und Durchführung der sofortigen Revolution die stramme Organisierung der kommunistischen Parteien als der revolutionären Vorhut erheischt habe. Es verschlägt ebensowenig, daß die jetzige Erklärung zum Teile auch den Tatsachen widerspricht, da die Spaltung auch dort geübt wurde, wo, wie bei der U. S. P., die Freiheit der Agitation und Propaganda von niemandem angezweifelt wurde.

Die kommunistischen Dezemberthesen sind nicht auf die Erreichung aufgestellter oder aufzustellender Forderungen und praktischer Ziele gerichtet, sondern auf den Beweis der Nichterreichbarkeit, beziehungsweise auf die so zu schaffende Möglichkeit der Bekämpfung der anderen Arbeiterparteien. Unter diesem Gesichtswinkel betrachte man etwa ihre Forderung einer Arbeiterregierung für Deutschland, wo ihr jede Aktualität fehlt, während sie von ihnen damals, als sie aktuell war — zur Zeit des Kapputsches —, bekämpft wurde. Wenn „die von der Exekutive der Kommunistischen Internationale vorgeschlagene Taktik den kommunistischen Parteien Europas und Amerikas helfen" soll, „den Verrat der zentristischen Führer und Kompromißler mit voller Anschauichkeit zu entlarven" (Rosta vom 10. Januar über die Konferenz der K. P. Rußlands), so ist es klar, daß hiermit nicht der Einheitsfront gedient werden soll, sondern dem kommunistischen Parteiinteresse.

Aber über dem Parteiinteresse steht das Klasseninteresse. Dieses wird unzweifelhaft auch im nationalen Maßstab die Ein-

---

* Inzwischen hat die Exekutive der Komm. Internationale die Beteiligung an der geplanten internationalen Konferenz aller Arbeiterparteien beschlossen. (Red.)

heitsfront erfordern, aber es ist ebenso unzweifelhaft, daß in jedem Lande die verschiedenen innerstaatlichen Verhältnisse in Betracht kommen und daß augenblicklich die Vereinheitlichung nur gegenwärtige Ziele, die ebenso dringend wie durchführbar sind, betreffen kann. Die Frage der nationalen Einheitsfront kann daher nur in jedem Lande nach den Erfordernissen der dortigen Bedürfnisse beantwortet werden und es lassen sich da keine allgemeinen Regeln diktieren, obschon ein Zusammenhang mit der internationalen Einheitsfront besteht. Diese aber ist nach der obigen Schilderung der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse jetzt schon das Gebot der Stunde.

Wenn in der Kommunistischen Internationale gerade jetzt vor der Konferenz in Genua das Streben nach der internationalen Arbeiterkonferenz besonders akut ist, um das Gewicht des Einflusses des gesamten internationalen Proletariates für die Anerkennung Sowjetrußlands in die Wagschale zu werfen, so kann ihr hieraus kein Tadel erwachsen, da doch das allgemeine proletarische Interesse, ja das Interesse der Weltwirtschaft, das gleiche ist. Die Kommunistische Internationale, die keine Internationale der Tat ist, wo es auf Taten ankommt, muß die Koordinierung der Internationalen fordern. Aber auch die Parteien der Zweiten Internationale werden ihre Abneigung, mit den Kommunisten an einem Tisch zu sitzen, überwinden müssen, da ihnen nur die Wahl bleiben wird, in Gemeinschaft auch mit den Kommunisten eine internationale Aktion durchzuführen oder die Aktion unmöglich zu machen. Hier aber liegt die wesentliche Bedeutung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft.

Sie ist als Zentrum berufen, zwischen links und rechts zu vermitteln. Ihre grundsätzliche Ablehnung der von der Kommunistischen Internationale gepredigten Lehre und Taktik hat sich als richtig erwiesen und die Kommunisten beten an, was sie gelästert: die Einheitsfront. Ebenso hat die Ablehnung der von der Zweiten vorgeschlagenen Einigung ohne die Kommunisten sich als richtig erwiesen: nunmehr kann die Vereinheitlichung eine umfassendere werden. Wie zuerst die italienische Partei einbezogen werden konnte, kann jetzt das gesamte Proletariat zusammengefaßt werden auf der Basis der Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft, die prinzipiellen Streitfragen zu vermeiden und die Kräfte zu vereinigen zum Kampfe in den aktuellen Fragen: der Reparationen, der Anerkennung Sowjetrußlands, der Kriegsschulden, der sozialpolitischen Errungenschaften und Forderungen.

Freilich, diese Einheitsfront ist noch nicht die ersehnte Einheit des Proletariats. Aber sie kann eine wichtige Etappe zu ihr werden.

S. Sokal.

Freistaat Irland im britischen Staatenbund.

Der am 6. Dezember 1921 abgeschlossene Vertrag zwischen der britischen Regierung und der Delegation der Dail Eireann, des Sinn Fein-Parlament, wurde von diesem am 7. Januar nach langen und leidenschaftlichen Debatten, mit einer knappen Mehrheit von 64 gegen 57 Stimmen ratifiziert. Der Kampf der unversöhnlich republikanischen Minderheit unter De Valeras Führung gegen die von Griffith und Collins geleitete Mehrheit war ein äußerst erbitterter. Am 9. Januar hatte es noch den Anschein, daß die Minderheit es auf einen Bruderkrieg ankommen lassen würde. De Valera legte seine Präsidentschaft nieder, widersetzte sich aber nicht dem Antrag auf seine Wiederwahl. In diesem Falle war es seine Absicht, ein neues Sinn Fein-Kabinett nur aus seinen Anhängern — also aus Vertragsgegnern — zu bilden und alle Machtmittel der Irischen Republik zu ihrer Behauptung und somit auch zur Vereitlung des Ausgleichs mit England zu gebrauchen. Wir glauben, es war ein Glück für die neu errungene irische Freiheit, daß dieser Vorstoß mißlang. Mit nur zwei Stimmen Mehrheit unterlag der zum Nationalhelden gewordene erste Sinn Fein-Präsident gegen den Gründer und geistigen Urheber der irischen Unabhängigkeitsbewegung, Arthur Griffith. Die von diesem gebildete provisorische Regierung hat am 16. Januar das „Schloß von Dublin", die Zwingburg britischer Herrschaft, und damit den irischen Regierungsapparat übernommen. Die Räumung Irlands durch die britischen Truppen und das Hilfscorps der „Schwarzgelben" (Black and Tans) hat schon begonnen. In wenigen Wochen wird Irland — nach siebenhundert Jahren — wieder von einer irischen Nationalregierung verwaltet werden.

Es hat manchmal den Anschein, daß Wenige selbst in England sich der Größe der Umwälzung bewußt sind. Seit mehreren Jahrhunderten wurde Irland von London aus regiert, und seit dem Jahre 1800 besteht kein irisches Parlament. Durch den neuen Vertrag werden zwei neue Tatsachen von internationaler Bedeutung geschaffen. Das „Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland", wie die offizielle Bezeichnung Englands lautet, hört auf zu existieren. Es entstehen, staatsrechtlich genommen, zwei neue Gemeinwesen, der Irische Freistaat und das Königreich Großbritannien. Die Reduktion des Staatengebietes von England und die Aenderung der Vertretungsbasis des britischen Parlaments, aus dem gegen 80 (und mit Ulster ev. über 100) irische Mitglieder ausscheiden müssen, kann übrigens nach gesetzlicher Durchführung der Abtrennung Irlands Neuwahlen notwendig machen.

Aber bedeutsamer als diese konstitutionelle Frage ist der Eintritt eines neuen Gliedstaates in den Britischen Staatenbund.

Das britische Reich ist ein Gemeinwesen ohne geschriebene Verfassung. Man gebraucht hier immer häufiger die Bezeichnung Staatenbund (Commonwealth of Nations) anstatt des üblichen Namens Reich (Empire). Nicht nur weil man die Ideenverbindung mit dem Worte „Imperium" und den von ihm abgeleiteten Begriffen imperialer Ausdehnung und Herrschaft, sowie des Imperialismus vermeiden will. Vielmehr aus dem stichhaltigen Grunde, weil die alte Vorstellung von den Beziehungen des Reichsmutterlandes zu den autonomen, selbstverwaltenden Kolonien nicht mehr gilt. Auch das Wort „Kolonie" ist irreführend, wenn man die von England tatsächlich unabhängigen Dominions, wie Kanada, Australien und Südafrika, im Auge hat. Das Sinn Fein-Irland erhält nach dem geschlossenen Vertrag dieselbe Stellung im britischen Staatenbund wie diese völlig autonomen Staatswesen. Es besitzt nunmehr seine eigene Verfassung und freigewählte Regierung. Das irische Parlament ist souverän in seiner Gesetzgebung, der irische Freistaat hat eine eigene Armee, eigene Münze, er kann nach Belieben Zölle einführen (auch gegen England) und Handelsverträge mit fremden Staaten schließen. Er wird in dem sogenannten Völkerbund eine Vertretung erhalten, wie die anderen britischen autonomen Kolonien, er kann, im Rahmen der britischen Reichsdelegation, an internationalen Konferenzen teilnehmen, und ebenso wie Kanada eine besondere Gesandtschaft in Washington errichtet hat, wird es auch dem irischen Freistaat möglich sein, Gesandte nach anderen Staaten zu entsenden. Kriegserklärungen, Friedensschlüsse und internationale Abmachungen Englands sind für die Glieder des Staatenbundes nicht bindend, wie zuletzt Lloyd George in seinem Entwurf eines Bündnisvertrages mit Frankreich, den er in Cannes vorlegte, ausdrücklich hervorhob. Die einzige Verbindung der autonomen Kolonien mit dem Mutterlande ist das Königtum, und auch der irische Freistaat wird dem König, als Haupt des Bundes, den Treueid leisten. Man muß freilich dabei bedenken, daß der Vertreter der Krone in den Selbstverwaltungskolonien, der Generalgouverneur, gar keinen Einfluß auf ihre Politik hat, daß er nur mit Zustimmung der Regierung der Dominions ernannt wird und das königliche Vetorecht nie ausübt. Die autonomen britischen Kolonien können daher mit Recht als selbständige Republiken mit einem nominellen, erblichen Präsidenten bezeichnet werden, der noch dazu den Vorteil hat, in einer Entfernung von vielen tausend Meilen zu weilen. Irland ist viel näher, und damit ist es zum Teil zu erklären, daß es so schwer war, der Dail Eireann beizubringen, daß die Republik, wenn nicht dem Namen nach, so doch dem Wesen nach erreicht ist.

Eine zweite gemeinsame Einrichtung für England und Irland bildet die Reichskonferenz der ersten Minister Großbritanniens, der autonomen Kolonien und Indiens. Es ist eine staatsrechtlich noch nicht bestimmte Institution. Seit dem Weltkriege ist es jedenfalls eine ihrer Hauptaufgaben, Englands auswärtige Politik im Einvernehmen mit den autonomen Gliedern des Staatenbundes festzustellen. Wie sehr deren Einfluß auf die britische Politik gewachsen ist, beweist die Lösung des Bündnisses mit Japan, die bekanntlich von den Kolonien gefordert wurde, und nicht zuletzt der Ausgleich mit Irland selbst, zu dem die letzte Reichskonferenz einen mächtigen Anstoß gegeben hat. Der Anteil des südafrikanischen Premiers, Jan Smuts, ist auch äußerlich, durch seine Verhandlungen mit den Sinn Fein-Führern, zum Ausdruck gekommen.

Trotzdem soll nicht geleugnet werden, daß die Sinn Fein-Revolutionäre auch wesentliche Opfer für den Frieden gebracht haben. Wir denken dabei nicht an die Beschränkung der irischen Armee auf eine bestimmte Proportion zur englischen, oder an die Rechte der britischen Flotte in den irischen Gewässern. Schwerwiegend ist der Verzicht auf Ulster. Man hat allgemein geglaubt, daß Sinn Fein das Bekenntnis zur Republik nur aufgeben wird als Preis für die Einheit Irlands. Aber weder England noch die Sinn Fein-Partei konnten sich entschließen, die sechs vorwiegend protestantischen Ulster-Grafschaften zum Anschluß an den neuen Freistaat zu zwingen. Die englische Regierung konnte es nicht, weil die konservative Partei, deren Vorhut die Ulster-Reaktionäre stets waren, dies nicht zulassen würde. Die Sinn Feiner wiederum wollen gegenüber der protestantisch-englischen Minderheit im eigenen Lande nicht den Fehler wiederholen, den England durch Jahrhunderte gegenüber der irischen Minderheit beging. Die sechs Grafschaften in der nordöstlichen Ecke Irlands mit nahezu einer Million Einwohner sind aber die volkreichsten und industriell entwickeltsten des Landes. Es ist, z. T., die enge Verbindung der Industrie und des Schiffbaues Ulsters mit dem englischen Markte, die den Widerstand gegen eine Lockerung der Bande mit London erzeugte. Aber nicht zuletzt ist er auf die Stammesverwandtschaft (die Ulster-Leute sind zumeist schottische Kolonisten) und den religiösen Gegensatz zur katholischen Mehrheit, zum „Papismus", zurückzuführen. Nach dem Vertrag kann Ulster jederzeit in den Freistaat eintreten, wobei ihm weitgehende Autonomie in Verwaltung und Steuerwesen zugesichert wird. Man glaubt in England, daß trotz der augenblicklichen Erbitterung gegen Englands „Verrat" und den „Triumph der Mordpolitik" der Sinn Feiner Ulster in nicht zu ferner Zukunft den Anschluß an den irischen Freistaat vollziehen wird. Zunächst, weil es nicht

ohne Schaden für seine Industrie außerhalb einer irischen Zollgrenze bleiben kann. Irland ist schließlich eine wirtschaftliche Einheit. Dann aus finanziellen Gründen, denn als Teil Großbritanniens wird Ulster viel schwerere Steuerlasten zu tragen haben, als der Rest von Irland. Schließlich hat Ulster eine katholische Minderheit von 40 Prozent, zwei Grafschaften — Tyronne und Fermanagh — weigern sich schon jetzt, der Regierung in Belfast zu gehorchen. Entfällt der Kampf gegen Sinn Fein und „Papismus", dann schwindet langsam auch die verhetzende Wirkung der Konservativen auf die protestantischen Arbeiter, und die Arbeiterpartei wird auch in Ulster ihren Einzug halten. Alle diese Faktoren wirken für die kommende Einheit Irlands.

Der irische Unabhängigkeitskampf, dessen erfolgreichen Abschluß wir miterleben, hat einige Eigentümlichkeiten, die nicht genug gewürdigt werden. Er ist an sich das klassische Beispiel eines nationalen Kampfes, der in sozialen Gegensätzen, im Klassenkampf wurzelt. Nicht bürgerliche und nationale Entrechtung im kontinentalen Sinne kennzeichneten das Los Irlands. Die Iren waren gleichberechtigte Bürger Englands, die höchsten Staatsstellen waren ihnen zugänglich. Kein Unterschied der Sprache trennte Irland von England, es war keine Unterdrückung von Sprache, Schule und Kultur durch den fremden Eroberer vorhanden. Die nahezu vergessene irische Sprache zu beleben ist zwar eines der Ziele der Sinn Fein-Bewegung; tatsächlich spricht die irische Volksmasse seit langem englisch als Muttersprache. Das Ringen Irlands war auf den ersten Blick ein rein politischer Kampf um nationales Sonderdasein und Selbstverwaltung. Seine stärkste Triebkraft indeß war der Gegensatz zwischen dem landarmen oder landlosen irischen Pächter und dem englischen Landlord, dem großen Grundherrn, der ihn um seinen Bodenbesitz brachte. Es ist der Klassenhaß des irischen Bauern gegen den englischen feudalen Ausbeuter, der die Ursache der langjährigen Kriege und Aufstände war. Seit 1840 bis heute ist die Bevölkerung Irlands von 8 auf 4 Millionen gesunken. Nicht weniger als 12 Millionen Iren hat der englische Großgrundbesitz von der heimatlichen Scholle nach Amerika und allen Teilen des britischen Reiches verjagt.

Dieser soziale Gegensatz ist heutzutage sehr gemildert. Gewiß, der irische Bauer ist noch immer landarm auf seiner dünn bevölkerten „Grünen Insel". Von rund einer halben Million Bauernwirtschaften sind noch immer nahezu 300.000 Betriebe von $1/2$ bis 6 Hektar Größe. Aber daneben gibt es schon 200.000 Betriebe mit 6 bis 20 Hektar Boden, also eine recht zahlreiche mittlere Bauernschicht. Noch immer gibt es gegenüber zirka 300.000 Bodeneigentümern über 200.000 Pächter, aber die Dauer ihrer Pacht

und die Höhe ihrer Rente sind gesetzlich geschützt und sie haben die Möglichkeit, mit Hilfe von Staatskredit Besitzer ihres Bodens zu werden. Zwei Milliarden Goldmark hat schon England für diesen Zweck ausgegeben. Der Krieg hat den irischen Bauern, wie überall, Wohlstand und Reichtum gebracht. Man sollte glauben, daß das Verschwinden der alten Not, der Aufstieg des armen Pächters zum besitzreicheren Bauern den irisch-englischen Gegensatz bedeutend abschwächen wird. Das Gegenteil ist eingetreten. Gerade das weniger notleidende Irland hat den entschiedensten, blutigsten Krieg gegen England erklärt, die Parole der völligen Unabhängigkeit proklamiert und schließlich den irischen Freistaat errungen. Es ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie historische Kräfte fortwirken können, auch nachdem die sozialen Ursachen, die sie erzeugten, nicht mehr bestehen.

Die angedeuteten sozialen Schichtungen werden in letzter Linie für die Parteienbildung im irischen Freistaat bestimmend sein. Aber zunächst wird die Verfassungsfrage im Vordergrunde der politischen Kämpfe stehen. Die Spaltung der Sinn Fein-Bewegung ist unabwendbar. Die republikanische Opposition unter De Valera wird eine eigene Unabhängigkeitspartei schaffen. Es ist allerdings anzunehmen, daß sie mehr eine Partei intellektueller Dogmatiker sein wird, und daß die große Masse der Bauern und Bürger der Sinn Fein-Mehrheit folgen wird. In welchem Maße dieser Zwiespalt im Bürgertum und in der Bauernschaft der Arbeiterschaft zugutekommen wird, kann noch nicht gesagt werden. Eines ist sicher, daß die irische Arbeiterpartei, die bisher die nationale Befreiungsbewegung wirksam unterstützte, nunmehr als selbständiger politischer Faktor auf den Plan tritt. Nach dem Muster der englischen Partei als Föderation aller Gewerkschaften aufgebaut, umfaßt sie die gesamte organisierte Arbeiterschaft Irlands und stellt eine Armee von großer Schlagkraft dar. Mit feinem Sinn für historische Symbolik proklamierte sie am Tage nach der Vertragsannahme in einem wuchtigen Manifest den Beginn des Kampfes des irischen Proletariats für die Arbeiterrepublick, für den Sozialismus. Der Krieg für nationale Freiheit ist beendet, der Klassenkrieg innerhalb Irlands ist erklärt.

London, Januar 1922. S. Kaplansky.

Die Erfolge der jüdischen Streiks.*

Die Streiks der jüdischen Arbeiter im Ansiedlungsrayon Rußlands im Jahrzehnt 1895 bis 1904 zeigten folgende Ergebnisse:

Tabelle I.

Einteilung der jüdischen Streiks nach ihrem Ergebnis.

Jahr	Streiks mit bekanntem Ausgang	Sieg	Teilerfolg	Niederlage	in Prozenten: Sieg	Teilerfolg	Niederlage
1895	65	46	4	15	70,8	6,1	23,1
1896	11	9	—	2	81,8	—	18,2
1897	51	38	6	7	74,5	11,8	13,7
1898	69	57	8	4	82,6	11,6	5,8
1899	117	85	16	16	72 6	13,7	13,7
Erstes Jahrfünft	341**	251	37	53	73,6	10,9	15,5
1900	206	155	29	22	75,2	14,1	10,7
1901	330	243	39	48	73,6	11,8	14,6
1902	239	170	33	36	71,1	13,8	15,1
1903	171	118	32	21	69,0	18,7	12,3
1904	70	50	14	6	71,4	20,0	8,6
Zweites Jahrfünft	1022*	741	147	134	72,5	14,4	13,1

Die Schwankungen im Erfolge der jüdischen Streiks sind also ganz minimal. Die vollständig erfolgreichen Streiks halten sich auf einem annähernd gleichen

* Wir bringen ein weiteres Kapitel aus der nachgelassenen Schrift Borochows: „Die jüdische Arbeiterbewegung in Ziffern“. (Siehe Jüd. Arb. Nr. 1, B. Borochow: Der Umfang der jüdischen Streiks).

** In die fünfjährlichen Resultate sind auch jene Streiks miteingerechnet, deren Datum nicht genau bekannt ist. Es ist nicht zu vergessen, daß nicht bei allen Streiks der Ausgang bekannt ist; doch ist in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle der Ausgang festgestellt. Derartige Ungenauigkeiten begegnet man in jeder Statistik von Streiks (sie sind unbeträchttich in der deutschen, amerikanischen, englischsn Statistik und ziemlich groß in der Statistik Rußlands, Spaniens, Hollands, der Schweiz, Kanadas und in der unsrigen — der jüdischen). (Der Schluß der Bemerkung ist im Manuskript verstümmelt. Red.)

Niveau und bilden fast drei Viertel aller Streiks. Der Erfolg erreicht seinen Höchstpunkt — 82,6% — im Jahre 1898, am schwächsten — 69% — ist er im Jahre 1903. Die Amplitude der Schwankungen (d. h. in unserem Falle der Unterschied zwischen dem Maximum und dem Minimum an Erfolg) beträgt bloß 13,5%.

Vollen Mißerfolg haben gewöhnlich weniger als ein siebenter Teil aller Streiks; die Amplitude der Schwankungen ist noch im ersten Jahrfünft ziemlich groß (23,1% —5,8% = 17,3%), aber im Laufe des zweiten Jahrfünfts ist sie bloß 6½%. Die Streiks mit Teilerfolg schwanken beiläufig in denselben Grenzen und bilden an Zahl durchschnittlich etwas über ein Achtel aller Streiks. Kurz, das Glück des Kampfes war fast unabwendbar auf der Seite des jüdischen Proletariates. Dasselbe wird sich zeigen, wenn wir nur jene Streiks in Betracht ziehen, deren Teilnehmerzahl (nur für das zweite Jahrfünft) bekannt ist.

Tabelle II.

Jahr	Ausgang (in absoluten Zahlen)								in Prozenten					
	Streiks mit bekanntem Ausgang		Sieg		Teilerfolg		Niederlage		Sieg		Teilerfolg		Niederlage	
	Zahl	Teilnehmer	Streiks	Teilnehmer	Streiks	Streiks	Streiks	Teilnehmer	Streiks	Teilnehmer	Streiks	Teilnehmer	Streiks	Teilnehmer
1900	163	10808	124	6969	24	2644	15	1195	76,1	64,5	14,7	24,5	9,2	11,0
1901	245	13699	183	9464	30	2222	32	2013	74,7	69,1	12,2	16,2	13,1	14,7
1902	177	14538	122	10149	27	2409	28	1980	68,9	69,8	15,3	16,6	15,8	13,6
1903*	120	19158	80	10418	26	5619	14	3121	66,6	54,4	21,7	29,3	11,7	16,3
1904	56	2849	43	1741	8	754	5	354	76,8	61,1	14,3	26,5	8,9	12,4
Das gesamte II. Jahrfünft	762	61082	552	38741	115	13648	95	8693	72,4	63,4	15,1	22,4	12,5	14,2

Die mißlungenen Streiks bleiben auch hier auf dem früheren Niveau; sie bilden an Zahl ein Achtel aller Konflikte (12,5%), ihre Teilnehmer den siebenten Teil aller streikenden Arbeiter. Vollen Erfolg haben fast drei Viertel aller Streiks und der Erfolg kommt fast drei Vierteln aller Streikenden zugute. Die Amplitude

* Hier sind nicht eingerechnet worden zwei große Streiks vom Jahre 1903 mit einer Gesamtzahl von 12.600 Teilnehmern, die nicht gegen die Unternehmer gerichtet waren; einer dieser Streiks endete mit einem vollem Sieg der Arbeiter 10.000 Teilnehmer), der andere — als Demonstrationstreik (aus Solidarität) — (war dadurch erfolgreich, daß er einheitlich durchgeführt wurde.

der Schwankungen im Erfolg erreicht 10%, in der Teilnehmerzahl 15%. Merkwürdig ist, daß in den Jahren wirtschaftlicher Krisen (1900, 1903 und 1904) die perzentuelle Höhe der mißlungenen Streiks — entgegen der allgemeinen Regel — den Durchschnitt nicht übersteigt; in solchen Jahren allgemeinen wirtschaftlichen Rückganges, da bei anderen Völkern die Zahl der mißlingenden Streiks in die Höhe geht, vermehren sich unter den jüdischen Streiks nur diejenigen mit Teilerfolg, — und nicht einmal so sehr diese selbst, als die Zahl ihrer Teilnehmer. Auf das Jahr 1903 entfällt das Minimum an gelungenen Streiks und das Maximum der mißlungenen und nur teilweise erfolgreichen Streiks; dies kommt daher, daß im Jahre 1903 verhältnismäßig viel Fabriksstreiks stattgefunden haben und diese sind — wie wir es bald sehen werden — in einem bedeutend niedrigeren Prozentsatz von Erfolg begleitet als die Handwerkerstreiks. Interessant ist auch der Durchschnittsumfang der Streiks: auf einen siegreichen Streik kommen durchschnittlich 70 Teilnehmer, auf einen Streik mit Teilerfolg 119 Teilnehmer, auf einen verlorenen Streik 91 Teilnehmer. Im Durchschnitt enden also die kleinen Streiks erfolgreicher als die großen, und je kleiner der Streik, desto mehr Aussicht auf vollen Erfolg. In dieser Hinsicht bildet aber das jüdische Proletariat keine Ausnahme: es ist eine fast allgemeine Regel für viele Länder, daß große Streiks weniger erfolgreich sind als kleine, und daß die mißlungenen sowie die Streiks mit Teilerfolg dem Umfange nach größer sind als die siegreichen.

Dem ausschließlichen Umfang der jüdischen Streikbewegung entspricht auch ein einzig in der Geschichte dastehender Erfolg der Arbeiter. Aus den obigen Zahlen ist ersichtlich, daß die Arbeiter nur in dem achten Teile ihrer Konflikte mit dem Kapital Niederlagen erlitten. Man kann aber tiefer in den Sinn dieser Zahlen eindringen, indem man die Streiks mit Teilerfolg in drei Kategorien scheidet: 1. fast erfolgreich wollen wir jene der mit Teilerfolg beendeten Streiks nennen, durch welche der größere, beziehungsweise wichtigere Teil der Arbeiter befriedigt oder der größere, beziehungsweise wesentlichere Teil der Forderungen erfüllt wurde, 2. fast mißlungen wollen wir jene Streiks nennen, wo die Arbeiter bloß unbedeutende Konzessionen erreichten und 3. alle anderen Streiks dieser Kategorie wollen wir halberfolgreich nennen. Aus der allgemeinen Zahl der Streiks des zweiten Jahrfünfts waren fast erfolgreich 61 Streiks mit 6486 Teilnehmern, halb erfolgreich 45 Streiks mit 6498 Teilnehmern und fast mißlungen nur 9 Streiks mit 664 Teil-

nehmern. Wenn wir die fast erfolgreichen den voll erfolgreichen und die fast mißlungenen den vollständig mißlungenen hinzuzählen, erhalten wir für das zweite Jahrfünft:

Tabelle III.

Das Kräfteverhältnis von Arbeit und Kapital im ökonomischen Kampfe.

Das Übergewicht der Arbeiter äußerte sich
in 613 Streiks (80,4 Prozent) mit 45.227 Teilnehmern (74,1 Prozent)

Das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital äußerte sich
in 45 Streiks (5,9 Prozent) mit 6.498 Teilnehmern (10,6 Prozent)

Die Übermacht der Kapitalisten äußerte sich
in 104 Streiks (13,7 Prozent) mit 9.357 Teilnehmern (15,3 Prozent)

716 Streiks (100,0 Prozent) mit 61.082 Teilnehmern (100,0 Prozent)

So also erschienen die Arbeiter der „jüdischen Gasse" stärker als ihre Unternehmer in 1/5 aller Konfliktsfälle, und 3/4 der streikenden Arbeiter übertrafen ihre Arbeitgeber an Kampfesenergie und Widerstandskraft. Die Kapitalisten des „Ansiedlungsgebietes" waren nur in einem siebenten Teil aller Konflikte imstande, ihre Privilegien intakt zu behaupten oder ihren Gelüsten Luft zu machen, und nur ein Sechstel aller streikenden Arbeiter gab dem Drucke oder dem Gegendrucke der Kapitalisten nach.*)

Ja, dies ist ein nie dagewesenes, ein ausschließliches Glück! Sehen wir nun die folgende Tabelle an. (Seite 48.)

Aus der Tabelle IV geht hervor, daß vom Gesichtspunkt des Erfolges des ökonomischen Kampfes das Ansiedlungsgebiet weit das gesamte übrige Rußland, sowie das westliche Europa überflügelte; es übertraf auch Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Deutschland mit ihren mächtigen Gewerkschaften. Während in der gesamten übrigen Welt nur ein Zehntel, ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel, selten die Hälfte aller Zusammenstöße mit dem Kapital für die Arbeiter siegreich enden, siegen die jüdischen Arbeiter in der überwiegenden Mehrzahl der Konflikte. Während also bei den Proletariern anderer Volksgemeinschaften im allgemeinen die Fälle des Mißlingens den Erfolg überwiegen, trifft den jüdischen Arbeiter das Mißgeschick sehr selten. Ein wahrhaft wunderbarer Erfolg! In diesen kühn aufsteigenden Linien der Siege, die sich vom Ansiedlungsgebiet so hoch über der ganzen übrigen Welt emporschwingen, in diesen dünnen Strichen der

* Absolut genommen, ist selbstverständlich das Kräfteübergewicht in den ökonomischen Beziehungem immer auf der Seite des Kapitals: hier wird aber das Verhältnis der Kräfte bloß relativ genommen — nur in der Sphäre des ökonomischen Kampfes.

Tabelle IV.

Erfolge des wirtschaftlichen Kampfes in verschiedenen Ländern.

Das Ergebnis in % % der Streiks oder der Teilnehmer.*

Land oder Volk	Zeitperiode	Sieg der Arbeiter	Teilerfolg	Niederlage der Arbeiter
Belgien	1901—1905	7,5	8,5	84
Oesterreich	1894—1902	9	63*	28
Frankreich	1900—1904	13	64	23
Holland	1901—1904	18	17	65
Italien	1900—1903	22,5	50,5	27
Großbritanien	1900—1904	30	35	35
Spanien	1904—1905	34	14	52
Vereinigte Staaten Amerikas	1881—1900	35	17	48
Kanada	1901—1904	35	30	35
Schweiz	1860—1900	48	26	26
Deutschland	1900—1904	49,5	22	28,5
Europ. Rußland	1900—1904	26	17,5	56,5
„Ansiedlungsgebiet" (jüdische Bevölkerung)	1900—1904	63,5	22,5	14

Kompromisse und Niederlagen, die im Ghetto erst tief unten sichtbar werden — da ist das Rätsel des unerhörten märchenhaften Erfolges des „Bund" auf der jüdischen Gasse verborgen, hier liegt das Geheimnis des hohen Aufschwunges der Arbeiterbewegung im „Ansiedlungsgebiet".**

Uebrigens hatten nicht alle Kategorien jüdischer Arbeiter in gleichem Maße „Glück" im wirtschaftlichen Kampfe; leicht

* Ich bemühte mich, den perzentuellen Berechungen die Zahl der streikenden Arbeiter zugrunde zu legen, aber dies war nicht immer möglich, und für einige Länder nahm ich die Prozente der Streiks selbst. Überall beziehen sich die Berechnungen auf solche Streiks (oder deren Teilnehmer), deren Ausgang bekannt ist. — Für Deutschland benützte ich nicht die offiziellen Daten, sondern die Statistik der Genfer Kommission, deren Berichte genauer und objektiver sind.

** Aus Raummangel werden hier keine Zahlen (nach Einzeljahren) angeführt, die zeigen würden, daß sogar das Maximum an Erfolg unter Arbeitern anderer Völker nicht den mittleren Erfolg der jüd. Arbeiter erreicht, und wie nur sehr selten des Erfolgs-Maximum in der übrigen Welt an das Minimum an Erfolg im „Ansiedlungsgebiet" heranreicht . . . Es soll noch bemerkt werden, daß die Amplitude der Schwankungen der Arbeitererfolge bei an deren Völkern viel größer ist, als bei den Juden.

ist da der Unterschied zwischen Fabriks- und Handwerksarbeit bemerkbar, was durch die unten folgende Tabelle V veranschaulicht wird. Um deutlicher die Eigenheiten der Fabriksindustrie zum Vorschein kommen zu lassen, mußte ich jene Unternehmungen ausscheiden, die einen unzweifelhaften Fabrikscharakter haben. Gestützt in diesem Falle auf Sombart, schied ich jene Unternehmungen aus, die nicht weniger als 20 Arbeiter beschäftigen. Und diese nenne ich auch — im Unterschied von den einfachen Fabriksunternehmen — „volle Fabriksunternehmen".* Die vollen Fabriksunternehmen werden ihrerseits eingeteilt in 3 Gruppen: 1. kleine, die 20 bis 50 Arbeiter in Anspruch nehmen; 2. mittlere, die 51 bis 200 Arbeiter beschäftigen und 3. große, die mehr als 200 Arbeiter haben.

Tabelle V.

Der Ausgang der jüdischen Streiks nach den Wirtschaftszweigen und nach der technischen Entwicklungsstufe der Industrie (im II. Jahrfünft).

Wirtschaftszweige	Der Ausgang der Streiks						Der Ausgang mit Bezug auf die Teilnehmer der Streiks					
	absolute Zahlen			Prozente			absolute Zahlen			Prozente		
	Sieg	Teilerfolg	Niederlage	Sieg	Teilerfolg	Niederlage	Sieg	Teilerfolg	Niederlage	Sieg	Teilerfolg	Niederlage
Handwerk	303	47	30	79,7	12,4	7,9	14402	3520	655	73,6	17,9	8,5
Handel und Transport	40	6	6	77,0	11,5	11,5	3458	131	57	94,8	3,6	1,6
Fabriks-Industrie	208	61	5 9	63,4	18,6	18,0	20863	9977	6981	55,2	26,4	18,4
Nicht volle Fabriks-Unternehmen . . .	1 24	30	32									
Volle Fabriks-Unternehmen** kleine	46	11	1	68,7	16,4	14,9	1453	406	6	65,9	18,4	15,7
Volle Fabriks-Unternehmen** mittlere	33	13	12	56,9	22,4	20,7	3330	1124	1226	58,6	19,8	21,6
Volle Fabriks-Unternehmen** große	5		5	29,4	41,2	29,4	2050	2284	3100	27,6	30,7	41,7
Insgesamt volle Fabriks-Unternehmen	84	1	27	59,2	21,8	19,0	6833	3814	467	44,6	24,9	30,5

* In der Broschüre „Das Proletariat" (Nr. 1 der Serie „Gesellschaft" herausgegeben von M. Buber) nennt Sombart „Vollblutproletarier" jene Arbeiter, die nicht in kleinerer Anzahl als 20 in den Unternehmen konzentriert sind.

** Hier sind eingerechnet: Alle Einzelvollstreiks in Fabriken (nicht weniger als je 20 Arbeiter), jene kollektiven Streiks, in denen der durchschnittliche Umfang der streikenden Unternehmen feststellbar erschien (weil die Zahl der Unternehmen gegeben war) und einige Teilstreiks: eben jene, wo der streikende Teil des Unternehmens nicht kleiner war als das klelnste Unternehmen der nämlichen Kategorie. Die Einschränkuug ist gemacht worden, um den übermäßigen Wirrwarr zu vermeiden, den zu kleine Teilstreiks ökonomisch und arithmetiscn in die Rechnung brächten.

Man sieht also, daß den größten Erfolg im Wirtschaftskampfe die jüdischen Handwerker, die Handelsangestellten und Tagelöhner haben; die Fabriksindustrie bietet einen weniger dankbaren Boden des ökonomischen Kampfes für die jüdischen Arbeiter. Ferner: wenn der Erfolg der jüdischen Streiks auf dem Gebiete *des Handwerks, des Handels und des Transportes* unvergleichlich bedeutender ist als der Kampferfolg der Proletarier anderer Völker Europas und Amerikas, *so übersteigt dieser Erfolg in den vollen Fabriksunternehmen nicht das normale Niveau einiger Länder Europas* und sinkt in den großen Fabriken noch tiefer; *in bezug auf die Streiks in großen Fabriken steht das jüdische „Ansiedlungsgebiet“ auf gleichem Niveau mit dem übrigen Rußland, mit Italien und Spanien.* Auf der kleinen jüdischen Fabrik tragen zwei Drittel der Arbeiter einen vollen Sieg über die Unternehmer davon, auf der mittleren schon bloß drei Fünftel und auf der Großfabrik ist es nur der vierte Teil der Arbeiter, der vollen Erfolg im Kampfe erringt; zum Unterschied von allen kleineren Handwerks-, Handels- und Fabriks-Unternehmen verlieren die jüdischen Arbeiter auf der Großfabrik viel öfter den Kampf mit dem Kapital als sie ihn gewinnen.

Die Tabelle V enthält eine Andeutung zum Verständnis der überraschenden Erfolge und des hohen Aufschwunges der jüdischen Arbeiterbewegung: es erweist sich, daß *die Avantgarde der jüdischen Arbeiterbewegung nicht wie bei anderen Völkern die große Fabriksproduktion* bildet, sondern das pauperisierte Handwerk und eine schwächliche Fabriksindustrie von kleinem Umfang und von unentwickelter technischer Struktur. Hier berühren wir die besonders rätselhafte Seite der jüdischen Oekonomik, wo die Eigenart und das Abnormale der jüdischen Wirklichkeit am anschaulichsten werden. Jetzt wissen wir, wo das Geheimnis der beispiellosen Kampffähigkeit des jüdischen Proletariates zu suchen ist: sie ist zu suchen in der sozialen Struktur und in der Physiologie *des jüdischen Handwerks.* Dadurch verliert aber das Problem selbst nicht an Schärfe; für den Erfolg des wirtschaftlichen Kampfes ist — nach allgemeiner Regel — eine „günstige Konjunktur“ auf dem Markte notwendig, eine ununterbrochene Intensivierung der gesamten Produktion; indessen ist es kaum zu bezweifeln, daß das jüdische Handwerk des „Ansiedlungsgebietes“ gerade in den letzten zwei Jahrzehnten eine starke Krise durchmachte.

In manchen Beziehungen können die Erscheinungen des jüdischen Lebens gleichsam zum Prüfstein für allerart soziologische Doktrinen dienen; die oben geschilderten Tatsachen bringen auch einige populäre Verallgemeinerungen ins Wanken, die sich auf

den Kampf der Arbeiterklasse überhaupt beziehen. Angesichts unserer ziffermäßigen Daten müssen wir entweder die langjährige Erfahrung des gewerkschaftlichen Kampfes bei anderen Völkern leugnen, die die Unmöglichkeit dauernder Erfolge bei ungünstiger Marktkonjunktur scharf unterstreicht, — oder wir müssen die Augen schließen für die Tatsachen der jüdischen Wirklichkeit und annehmen, daß alles in dieser Wirklichkeit normal, ja mehr als normal — übernormal sei; oder aber wir erblicken in unseren wunderlichen Zahlen das Zeichen irgend einer besonders giftigen Ironie des jüdischen Golus, das Produkt ganz eigenartiger Beziehungen im Leben der jüdischen Gasse.

B. Borochow.

Die arabische Bewegung in Palästina.

Auf dem Banner der arabischen Bewegung unseres Landes prangt wohl nicht der Wahlspruch des panarabischen oder panislamitischen Gedankens, dagegen hat diese Bewegung von allem Anfang an die Parole eines „geeinigten Syriens" ausgegeben und Palästina als „südliches Syrien" proklamiert. Unter dieser Parole entwickelten im Jahre 1920 die nationalen Vereinigungen „Islamieh-Mesichie", „Nadi-Ilarabi" und „Munthada-Iledebi" ihre Tätigkeit, und bei den Demonstrationen, die den Auftakt zum Osterblutbade des Jahres 1920 bilden sollten, wurde das Bild des Königs Faisul von Damaskus auch als das eines Königs vom vereinigten „Syro-Palästina" herumgetragen.

Diese politische Losung von einem „vereinigten Syrien" hat aber in der Wirklichkeit nicht die geringste reale Wurzel. Solange Faisul noch im Sattel war, bedeutete diese Losung die Angliederung Palästinas an das muselmanische Herrschaftsgebiet von Damaskus. Dieser Gedanke vermochte wohl noch einen Teil der Effendis und des seßhaften muselmanischen Adels zu begeistern, keinesfalls aber konnten die arabischen Christen an einer Herrschaft Gefallen finden, die derjenigen verdammt ähnlich war, welche sie in der Türkenzeit zur Genüge ausgekostet hatten. Bedeutete doch die Herrschaft Faisuls die Rückkehr zum türkischen Regime, und zwar in einer noch verschlechterten Auflage! Seitdem jedoch im Norden die Franzosen die Oberhand gewannen, änderte sich der Sinn dieser Losung. Der Ruf nach einem „geeinigten Syrien" bedeutet jetzt nichts anderes als die Angliederung Palästinas an das unter französischer Oberhoheit befindliche Gebiet. Dieser Wandel aber vermag diejenigen Elemente, die an der Vereinigung Palästinas mit Syrien interessiert sind, nicht nur nicht zu befriedigen, sondern er bringt sie geradezu vom Regen in die Traufe. Aus diesem Grunde gibt es auch, mit Ausnahme

eines kleinen Teiles der lateinischen Christen, die in der französischen Herrschaft die beste Gelegenheit erblicken, sich in den Sattel zu schwingen (wie es in Beiruth und im französischen Teile unseres Landes der Fall war) — keine einflußreichen Gesellschaftskreise, die an der Angliederung Palästinas an das französische Syrien interessiert wären. Von all den Motiven also, die diese Losung erstehen ließen, blieb nunmehr bloß das der Gegnerschaft gegen die jüdische Imigration und Kolonisation, wie auch die Opposition gegen jene Macht, die Palästina als nationale Heimstätte für das jüdische Volk anerkannte, eine Gegnerschaft, die wie ein roter Faden alle „nationalen" Vereinigungen und die „nationale" Presse dieser Art durchzieht. Diese Gegnerschaft aber ist ihrem eigentlichen Wesen nach keineswegs eine nationale, d. h. eine Gegnerschaft, die vom ganzen Volke getragen würde, sie ist vielmehr der Ausdruck der Interessen einiger Schichten, welche mit der jüdischen Einwanderung und der jüdischen Arbeiteransiedlung — wie später gezeigt werden soll — in vollständigem Widerspruch stehen. Solange nun diese Gegnerschaft durch bekannte äußere Einflüsse genährt wird, vermag sie wohl die Widersprüche und Gegensätze zwischen Christen und Mohammedanern, wie auch die erwähnten Divergenzen in den politischen Neigungen und Bestrebungen momentan zu verdecken, sobald aber diese Hoffnungen auf Hilfe von außenher schwinden, kommen die obgenannten Gegensätze zwischen den Trägern der verschiedenen Bestrebungen mit besonderer Schärfe wieder zum Ausdruck. Jedermann zerrt in eine andere Richtung, bis schließlich die ganze politische Lösung eines „geeinigten Syrien" in Nichts zerrinnt.

Und wahrlich, die Liquidation des damaszenischen Königreiches, sowie die Klarstellung des Wesens der französischen Schutzhoheit über Syrien haben die Forderung nach einem „geeinigten Syrien" all ihres Reizes und Wertes entkleidet, mit deren Hilfe die „Nationalisten" ihre Leute zwei Jahre lang begeistert hatten. Jetzt ist diese Forderung ganz in Vergessenheit geraten und auf dem Haifaer Kongresse z. B. kam sie nicht einmal auf die Tagesordnung.

An die Stelle des Rufes nach einem „geeinigten Syrien" trat jetzt eine wohl realere, aber weniger klare und umrissene Forderung — die Forderung der Selbstregierung („Chukumeth Wataniehˮ). Sie ist realer, da sie sich mit dem politischen Sonderdasein Palästinas ohne Zusammenhang mit Syrien abfindet. Die Forderung nach der „Watanjeh" aber ist nicht klar genug, da sie über die Form der Selbständigkeit dieser eigenen Regierung nichts aussagt. Man weiß nicht, ob sie die endgültige Befreiung von der englischen Vormundschaft und vom Völkerbunde, als

dessen Sachwalter ja England auftritt, anstrebt, oder ob sie bloß die Uebergabe aller höheren Staatsposten an Einheimische verlangt (wie diese Forderung durch einen der Staatsräte ausgesprochen wurde), ohne das Wesen der englischen Mandatsherrschaft, die im Namen des Völkerbundes ausgeübt wird, negieren zu wollen.

Hier aber ist eine kurze Bemerkung am Platz. Ob die Forderung der „Watanieh" schon ein Bekenntnis und eine prinzipielle Zustimmung zur Sonderexistenz Palästinas oder bloß einen zeitweiligen Verzicht auf die Forderung „Syro-Palästina" bedeutet, ist noch zweifelhaft. Wie dem auch sei, ein Schritt vorwärts ist es allerdings. Denn es gibt nunmehr die Möglichkeit gemeinsamer Berührungspunkte mit den Juden, ja, horribile dictu!, mit den Zionisten. Die Forderung, unserem Lande seine bisherige natürliche Nordgrenze zurückzugeben, welche von allen Mitgliedem des palästinensischen Staatsrates, Arabern und Juden, einhellig angenommen wurde, ist bloß ein Beispiel der Möglichkeit von gemeinsamen Forderungen.

Nun wollen wir zu jener arabischen Bewegung übergehen, die sich um den Arabischen Kongreß konzentriert, der am 13. Dezember 1920 in Haifa stattgefunden hat. Vorerst einige Worte über seine Zusammensetzung. Von 36 Teilnehmern waren 16 aus Haifa und die restlichen aus den Ortschaften: Jerusalem, Jaffa, Ghasa, Sichem, Akko und Djenin. Die Dorfbevölkerung hatte keinen einzigen Vertreter. Unter den Versammelten waren die Angehörigen der reichsten Familien, so derJerusalemischen Hussejner (mit einem Besitztum von 50.000 Dunam), der Abdulhade von Sichem-Djenin (60.000 Dunam) und andere mehr. Vorsitzender war Mussa-Kasim-Pascha, aus der Familie der Husseiner. Unter den Versammelten waren auch noch 2 Aerzte (Jaffa und Sichem), 3 Redakteure der Zeitungen „Karmell", „Akza" und „Marath Ilschark" und einige religiöse Würdenträger. Was die Forderungen betrifft, so sind sie im ganzen und großen negativer Natur und bringen eine leidenschaftliche Gegnerschaft gegen die jüdische Siedlung in Palästina zum Ausdruck. Die einzige politische Forderung des Kongresses ist die der „Chukumeth Watanie", welche dem Abgeordnetenhause des Landes Rechenschaft abzulegen hat. Aber auch diese Forderung knüpft an das Wahlrecht die dopelte Bedingung, daß das palästinensische Parlament nur durch die arabisch sprechenden Einwohner, und zwar nur durch solche, die bereits vor dem Kriege im Lande gewohnt haben, gewählt wird. Das bedeutet die Entrechtung aller nicht arabisch sprechenden Einwohner sowie aller gegenwärtigen und zukünftigen Einwanderer.

Zwei weitere Stellen beinhalten einen Protest gegen die palästinensische Verwaltung wegen der Erlassung von Gesetzen ohne

Befragung einer gesetzgebenden Körperschaft, sowie wegen der Installierung des Staatsrates, die nicht auf Grund einer Wahl, sondern durch Ernennung erfolgte. Dies sind die zwei einzigen Forderungen, denen eine prinzipielle Bedeutung zukommt, beide aber versinken in einem Meer von judenfeindlichen Forderungen. Der Haifaer Kongreß protestierte gegen die Anerkennung der Zionistischen Kommission in Palästina durch die Regierung, gegen die Anerkennung der hebräischen Sprache als einer der offiziellen Landessprachen (neben der arabischen und englischen) und gegen die Zulassung von Zionisten zu hohen Aemtern. Er forderte das Verbot der jüdischen Einwanderung und die Wiedereinführung des „roten Zettels".*

Alle diese Forderungen, welche, nebenbei bemerkt, in jedem ihrer Worte an die Anschuldigungen Beha-Ildins, des Sekretärs Djemal Paschas**, erinnern, sind so klar und deutlich gegen die elementarsten menschlichen und nationalen Interessen der Juden gerichtet, daß sie weiter keines Kommentars bedürfen. Besonders interessant ist aber die Begründung der letzten Forderung, daß „Palästina ein für Christen und Muselmanen zugleich heiliges Land sei und daß es daher nicht angehe, die obersten Posten der Regierung Leuten anzuvertrauen, die nicht Christen oder Muselmanen sind". Diese Forderung verrät das Geheimnis der verhüllten Gedanken der Haifaer Kongreßmänner, die, während sie die nationale Freiheit im Munde führen, die Juden auch jener elementaren menschlichen und nationalen Rechte berauben wollen, welche sie schon durch Generationen auch unter der türkischen Herrschaft ausgeübt haben.

Noch klarer als im Vorhergesagten kommt das wesentliche Ziel — nämlich: der Judenhaß — in einem anderen Dokumente zum Ausdruck, und zwar im Memorandum, das im Auftrage des Kongresses an den Völkerbund gerichtet wurde, und das Giftpfeile gegen die jüdische Einwanderung sowie die Verleumdung von der Importierung des Bolschewismus durch die einwandernden Juden enthält.

Ueber den eigentlichen sozialen Charakter aber dieser Bewegung, die im Haifaer Kongresse ihren Ausdruck fand, werden wir uns erst recht klar, wenn wir gerade die obenerwähnten soge-

---

* Unter dem türkischen Regime wurde den jüdischen Einwanderern beim Betreten des Landes ein „roter Zettel" eingehändigt, der sie zum Verlassen des Landes binnen drei Monaten verpflichtete. In den letzten Jahren hatte der „rote Zettel" praktisch keine Bedeutung mehr, die türkische Regierung wollte ihn jedoch formell nicht aufheben.

** Djemal Pascha war während des Weltkrieges türkischer Generalissimus in Palästina. Er verfolgte die jüdische Bevölkerung Palästina durch Mißhandlungen, Austreibungen, Verhaftungen u. dgl., wobei sich sein Sekretär Beha Ildin durch besondere Grausamkeiten auszeichnete.

nannten „prinzipiellen Forderungen" analysieren. Die Gegnerschaft gegen die Gesetze, die die Regierung, ohne das Volk zu befragen, erlassen hat, richtet sich ganz besonders oder gar ausschließlich gegen den Erlaß betreffend die Veräußerung von unbeweglichen Gütern, vom September 1920. Gegen diesen haben sie, sowohl in der Presse als auch auf den Verhandlungen des genannten Kongresses, Protest erhoben. Das betreffende Gesetz beinhaltet unter anderem drei Einschränkungen, die die Interessen der ackerbauenden Fellachen schützen sollen, welche aber insgesamt den Zorn der reichen Grundbesitzer und Bodenspekulanten erweckt haben. Der zweite Parapraph des sechsten Abschnittes besagt, daß auf Grund dieses Erlasses ein Käufer anbaufähigen Boden höchstens im Ausmaße von dreitausend Dunam und im Gesamtwert von höchstens dreitausend ägyptischen Pfund erwerben darf. Eine weitere Bedingung (Paragraph 3 desselben Abschnittes) verpflichtet den Käufer, diesen Boden sofort selbst zu bearbeiten oder anbaufähig zu machen. Darüber hinaus erklärt noch das erwähnte Gesetz, daß die Regierung ihre Zustimmung zur Veräußerung anbaufähigen Bodens verweigern kann, wenn nicht unzweifelhaft feststeht, daß dem früheren Besitzer oder Pächter eine ausreichende Bodenfläche zurückbleibt, die seinen eigenen Unterhalt und den seiner Familie garantiert. Dieses Gesetz schützt die Interessen des Fellachen oder des kleinen Bauern, der seinen Boden selbst bestellt, vor den Wucher- und Ausbeutungsgelüsten der großgrundbesitzenden Effendis, von denen der Fellach oder kleine Pächter den Boden in Pacht nimmt. Durch dieses Gesetz erlangt aber auch die Kolonisation und Arbeiteransiedelung den Vorzug vor dem spekulativen Bodenkauf.

Die Gegnerschaft der arabischen „Nationalisten" gegen dieses Gesetz offenbart aber das wahre Antlitz dieser ganzen Bewegung, die nicht bloß antijüdisch, sondern ihrem Wesen nach auch antisozial und reaktionär ist, da sie zu Nutz und Frommen der Großgrundbesitzer und Geldspekulanten und gegen die elementaren Interessen der arbeitenden Klasse, die von ihrer Hände Arbeit lebt, gerichtet ist.

In diesem Sinne läßt sich ein tiefer Verfall im Verhältnis zur Vorkriegszeit konstatieren. Damals, als diese „geheimnisvolle Frage" zuerst auftauchte, offenbarte sie sich uns in einer progressiven Form: — es war dies nämlich die Frage des ausgebeuteten und von seinem Boden verjagten Fellachen, an dessen Ruin nicht bloß die Effendis, sondern auch manche Kolonisatoren schuld waren. Für den Gedanken der nationalen Befreiung und für die Interessen des Fellachen haben damals die arabischen Studenten in der Schweiz und in Frankreich die Fahne erhoben

und ihre Bestrebungen fanden auch unter den Juden gewisse Sympathien. Jetzt aber hat sich das wahre Wesen dieser Freiheitsbewegung, deren ganzer Inhalt dem Plane eines Beha-Ildin entlehnt ist und deren eigentliches Ziel in der Unterjochung der Fellachen und des arbeitenden Volkes zugunsten der Kapital- und Bodenbesitzer gipfelt, deutlich manifestiert.

II.

Um die Bedeutung der Effendis und Großgrundbesitzer richtig zu beurteilen, deren Interessen ja in der jetzigen arabischen Bewegung zum Ausdruck kommen, ist es nötig, einen Ueberblick über die soziale Zusammensetzung der nicht-jüdischen Bevölkerung in Palästina zu gewinnen.

Insgesamt beträgt die Zahl der Bewohner 1,060.000 Seelen; 720.000 wohnen westlich des Jordans, das ist in den jetzigen Grenzen Palästinas. Wirtschaftlich kann man die Bevölkerung einteilen in Großgrundbesitzer, Fellachen, Städter und wandernde Beduinen.

Die Großgrundbesitzer besitzen die großen Latifundien. Laut dem offiziellen Berichte des Vilajet Damaskus, der ganz Transjordanien umfaßt, gehören 60% des Bodens den großen, 25% den kleinen und 15% den mittleren Grundbesitzern. Im Gebiete von Gasa und Beer-Seba gibt es Großgrundbesitzer, die 2 Millionen Dunam ihr Eigen nennen, unter ihnen 11 mit je 100.000 Dunam und 7 mit 30.000 bis 100.000 Dunam. Im Kreise Jerusalem-Hebron besitzen 26 Großgrundbesitzer 240.000 Dunam, im Kreise Jaffa gibt es 45 mit 162.000 Dunam, um Sichem und Tel-Kerem 5 mit 121.000 Dunam, in Djenin 6 mit 114.000 Dunam, in Nazareth 8 mit 123.000 und in Tiberias 6 mit 73.000 Dunam. Die Familie Sursuk allein verfügt in verschiedenen Teilen des Landes, und besonders im Tale Jesreel, über einen Besitz von ungefähr 230.000 Dunam. Insgesamt befinden sich in der Hand von 120 Familien mehr als drei Millionen Dunam Boden.*)

Aus den angeführten Zahlen kann man leicht die Kraft der reichen Effendis, der Latifundienbesitzer, erkennen, welche die wirtschaftliche Macht in Händen haben und die Fellachen zwingen, bei ihnen unter den schlimmsten Bedingungen zu arbeiten. Und so bescheiden sich denn 67% der Fellachen im Kreise Jerusalem und 63% im Kreise Sichem mit einem Bodenausmaße von weniger als 50 Dunam.

Die Fellachen bilden die Mehrheit der Bevölkerung. Von den 720.000 Einwohnern sind zirka 380.000 Fellachen. Sie sind seit altersher Landarbeiter, die in Palästina noch vor den arabischen

---

* Siehe den Bericht der Palästina-Kommission des poale-zionistischen Weltverbandes.

Eroberern gewohnt haben und die nach vielen historischen und ethnographischen Quellen von der alten im Lande verbliebenen jüdischen und sammaritanischen Landbevölkerung abstammen. Die Fellachen sind teils selbständige Kleinbauern, teils Pächter, die auf dem Boden der Effendis siedeln; teils leben sie in primitiven Kommunen nach Art der russischen „Obschtschyna", teils sind sie Arbeiter und Taglöhner.

Die Städter, deren es zirka 340.000 gibt, bilden 44% der Bevölkerung. Sie sind eine Mischung vieler Völker und Religionen, die aus verschiedenen sozialen Schichten bestehen. Es gibt große Effendis, hochgeborene Adelige, hohe Regierungs- und Stadtbeamte und kirchliche Funktionäre. In den kleinen Städten leben auch viele Fellachen, die sich mit Landwirtschaft beschäftigen. In den großen Städten gibt es viele Händler und Krämer, Makler, Vermittler, Handwerker und Arbeiter, hauptsächlich nicht qualifizierte Lohnarbeiter. Obwohl noch keine Industrie vorhanden ist, sind in den Städten dennoch Klassenteilungen und Klassengegensätze erkennbar.

Die Beduinen wohnen familienweise in Zelten, leben von Viehzucht, zu einem geringeren Teile auch von Erdarbeit, hauptsächlich von Krieg und Freibeutertum. Obschon es auch unter ihnen Reiche und Arme gibt, kann man doch nicht von Klassengegensätzen sprechen, da das kriegerische Leben sie in Stämme vereinigt und sie zusammenschweißt im Kampfe gegen die gemeinsamen Feinde: gegen die Regierung, gegen die seßhafte Bevölkerung oder gegen die gegnerischen Stämme. Es gibt ungefähr 150.000 Beduinen, von denen in den jetzigen Grenzen Palästinas (westlich des Jordans) ungefähr 60.000, das sind 8.5% der Bevölkerung wohnen.

Die Verschiedenheit in den Bedingungen des Lebensunterhaltes und in der Lebensweise der hier aufgezählten Elemente erzeugt unter ihnen einen starken wirtschaftlichen Gegensatz, wenn er auch noch nicht den Charakter des europäischen Klassenkampfes angenommen hat.

Der Fellache leidet nicht von der jüdischen Einwanderung, sondern unter dem Drucke des Effendi und der Ausbeutung vonseiten des Städters, seines Stammes- und Religionsgenossen, der zwischen ihm und dem Effendi vermittelt. Der Fellach leidet an dem Mangel an Mitteln, die es ihm ermöglichen würden, auf eigenen Füßen zu stehen, an den unzureichenden Einkünften, welche durch seine Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden bedingt sind, die seit zwei Jahrtausenden keine Entwicklung erfuhren. Er leidet unter dem schweren Steuerdrucke, der seit der Türkenzeit fast nicht abgeändert wurde. Der Fellach bedarf der Sicherung seines Arbeitsrechtes auf dem Boden, den er bebaut, und der Erleich-

terung der Abgaben. Er ist deshalb an der neuen Ordnung interessiert, welche den Frieden und den Schutz gegen Räuber und Diebe gewährleistet und ganz besonders gegen die Beduinen, welche von der Wüste her die Bevölkerung überfallen und unbehindert das Land ausplündern; der Fellach ist an einer Ordnung interessiert, die den Kulturzustand hebt und Recht und Schutz der Gewalt entgegenstellt. Der Fellach ist an der Vermehrung der Arbeit und des Handwerks, sowie auch an der Verbesserung der Lage der Arbeitenden interessiert, die notwendig den Spuren der jüdischen Einwanderung folgen muß. Er ist deshalb auch nicht gegen diese Einwanderung, andererseits ist er an den Gesetzen zum Schutze des landwirtschaftlichen Arbeiters interessiert, wie sie ihnen im oberwähnten Erlasse betreffend die Veräußerung von unbeweglichen Gütern deutlich zugesichert worden sind.

In diesem Zusammenhange werden wir uns auch über den wahren Grund des Widerstandes gegen die jüdische Einwanderung klar, den ihr die Städter, und besonders die Effendis, die Kaufleute und die verschiedenen Beamten, entgegenstellen. Da waltet die begründete Angst, daß das neue Element sich des gesamten Handels im Lande bemächtigen, daß es in die Verwaltungsstellen eindringen und kraft seiner Fähigkeiten und Intelligenz die Angehörigen jenes Standes verdrängen könnte, die unter dem früheren Regime ein Monopolrecht an diesen Stellen ausgeübt hatten. Besonders groß ist die Angst der Großgrundbesitzer, die nach den Staats- und sonstigen freien Ländereien trachten und die befürchten, es könnten sich hier die Einwanderer ansiedeln und ihnen so für alle Ewigkeit die Hoffnung rauben, diese freien Böden zum Zwecke der Ausbeutung und Spekulation in ihre Hand zu bekommen. Und das ist der Grund für die Stimmung, die die Masse der Makler, Vermittler, Verwalter, Beamten und anderen Söldlinge beherrscht, die sich in der Gunst der reichen Effendis und der großen Grundbesitzer sonnen, die diese antijüdische Stimmung im Lande verbreiten.

Und so wird uns auch eine andere Erscheinung klar, nämlich der besondere Widerstand gegen die Niederlassung von Juden in solchen Gegenden, wo sie bisnun festen Fuß noch nicht zu fassen vermochten. Dort, wo es nämlich eine gemischte Bevölkerung gibt, da fällt es nicht mehr so leicht, dem Volke vorzumachen, daß die Juden das „Volk unterjochen", die „Religion untergraben" werden und dergleichen mehr, denn da kann sie ja jeder Fellache Lügen strafen und auf die Erfahrung hinweisen, daß die Fellachen durch die Nähe der jüdischen Siedelung nicht verarmt sind, sondern sich immer bereichert haben. In Gegenden aber, die weitab von der jüdischen Siedlung liegen, in entfernten Dörfern und ent-

legenen Städten, wie Sichem zum Beispiel, da gibt es einen fruchtbaren Boden für törichte Schreckgespenster und solche Orte bilden auch die Burgen der wüstesten Propaganda gegen die neuen Ankömmlinge. Aber auch in diesen Stützpunkten wird allmählich den Adelsfamilien und den Großgrundbesitzern der Boden unter den Füßen entzogen und Hand in Hand mit dem Vordringen der neuen jüdischen Siedlung, der Industrie und der Technik schmilzt ihr Einfluß zusammen. Und so kommt auch die Tatsache immer mehr zum Ausdruck, daß sie keine andere Basis haben, auf die sie sich stützen könnten, als die ihrer engsten Klasseninteressen, welche auch zu den Interessen der Arbeitenden ihres eigenen Volkes und Stammes in Widerspruch stehen.

Jerusalem. J. Ben-Zwi.

Die Cloakmaker und ihre Streiks.

Cloakmaker heißen die Arbeiter in der Damen-Mäntel-Industrie, die ein wichtiger Zweig der sehr differenzierten amerikanischen Kleiderindustrie ist. Die große Kleiderindustrie in Amerika und insbesondere in New-York gilt als jüdische Industrie und sie ist es tatsächlich, denn nicht etwa blos die Unternehmerschaft, sonde auch die übergroße Me rheit der in der Kleiderindustrie beschäftigten Arbeiterschaft besteht aus ostjüdischen Einwandereren. Die von den jüdischen Arbeitern geschaffenen Gewerkschaften gehören zu den radikalsten Trade Unions in Amerika und ihre Kämpfe verdienen sowohl von internationalem als auch von jüdisch-proletarischem Standpunkte allgemeines Interesse.

Der nachstehende Artikel behandelt den Streik der Cloakmaker in New York, der Mitte November 1921 ausbrach und an dem ca. 60.000 Arbeiter beteiligt waren. Wir können dem Artikel, der bei Beginn des Streikes geschrieben wurde, nunmehr noch hinzufügen, daß der Kampf nach 9 wöchentlicher Dauer mit einem vollen Siege der Arbeiter geendet hat. Dieser Sieg ist umso bedeutungsvoller, als bei der jetzt in Amerika herrschenden wirtschaftlichen Krise ansonsten Lohnreduktionen auf der Tagesordnung sind. Die Cloakmaker sind zur Feier ihres Sieges am 17. Januar 1922 mit Musik zur Arbeitsaufnahme in die Fabriken gezogen. (Die Redaktion).

Die Damenschneider sind wieder in einen großen Streik verwickelt. Die Geschichte der Damenschneider-Gewerkschaft ist, wie man ruhig behaupten kann, die Geschichte großer Streiks und harter Kämpfe.

Die Damenschneider-Gewerkschaft trat durch einen Streik ins Leben, sie ist durch Streiks gewachsen und groß geworden, im Kampfe und durch Kampf hat sie sich kristallisiert und eine bestimmte Form angenommen.

Ein Streik bei den Damenschneidern ist nichts Neues. Sie streikten schon, als in der jüdischen Gasse in Amerika noch ein

Chaos war, als die jüdische Siedlung in Amerika kaum anfing, ihre Eierschalen zu verlassen, als das jüdische gesellschaftliche Leben kaum anfing, Gestalt anzunehmen, und als die Unzahl der jetzigen Parteien, Gruppen und Grüppchen noch in den Windeln waren — zu jener Zeit schon führten die Damenschneider wunderbare Kämpfe und siegreiche Streiks, die damals die jüdische und nichtjüdische Welt mitrissen und allgemeine Bewunderung hervorriefen.

Man kann behaupten, daß die Geschichte der modernen jüdischen Arbeiterbewegung mit den großen historischen Damenschneiderstreiks angefangen hat.

Es sind jetzt mehr als 32 Jahre seit dem berühmten Damenschneiderstreik, den Josef Barondes geführt hat, der seinerzeit ganz New-York in Aufruhr gebracht hat und von dem noch heute alte Damenschneider als von dem großen Ereignis in ihrem Leben sprechen.

Ja wohl, die Damenschneider haben immer große Streiks geführt; sie haben immer die Streiks gewonnen, aber viel Konkretes ist von ihren Siegen nicht geblieben. Kurze Zeit nach dem Streik gingen gewöhnlich die Erfolge und Verbesserungen verloren und in den Werkstätten konnten die alten Bedingungen wieder eingeführt werden. Die Damenschneider blieben dieselben Sklaven, die sie früher waren. Denn es genügt nicht, Erfolge zu erringen, man muß sie auch zu erhalten verstehen. Der Arbeiterkampf wiederholt sich immer aufs Neue, tagaus, tagein. Der Arbeiter mußte zuerst für bessere Bedingungen kämpfen und dann dafür, daß die errungenen Erfolge Bestand haben. Eben dies, die errungenen Erfolge zu erhalten, haben die Damenschneider früher nicht vermocht. Denn dazu ist eine gesunde, starke Organisation notwendig, die sie nicht hatten.

Von der Damenschneider-Gewerkschaft gilt der Satz, daß ihr Anfang Staub war und ihr Ende Staub. Sie erschien wie ein Traum und verschwand wie ein Traum. In jedem Streik wurde die Gewerkschaft geschaffen und kurze Zeit nach dem Streik war von der Gewerkschaft auch nicht mehr eine Spur vorhanden. Und da keine Gewerkschaft bestand, um errungene Erfolge zu wahren, waren natürlich alle Erfolge wie gewonnen so zerronnen und man mußte wiederum von neuem streiken und kämpfen und so wiederholte sich immer das Spiel.

So ging es bis zum historischen Streik des Jahres 1910. Dieser Streik wird als historischer bezeichnet, denn er bedeutet im Leben der Damenschneider einen Markstein und eine Umwälzung, er revolutioniert die Damenschneiderei und die ganze jüdische Arbeiterbewegung.

Die Wichtigkeit dieses Streiks bestand nicht in konkreten Verbesserungen, die er dem Damenschneider brachte, sondern

darin, daß ihm die Schöpfung der jetzigen großen, mächtigen Damenschneider-Gewerkschaft zuzuschreiben ist. Mit der Entstehung der Damenschneider-Gewerkschaft (Cloakmaker-Union) beginnt überhaupt eine neue Epoche in der jüdischen Arbeiterbewegung. Man kann füglich behaupten, daß das Jahr 1910 die normale jüdische Gewerkschaftsbewegung schuf. Die Damenschneider-Gewerkschaft ward das Vorbild der Gewerkschaften, sie spornte an und rief die anderen jüdischen Gewerkschaften ins Leben. Der Streik des Jahres 1910 dauerte 13 Wochen. Der Kampf war ein bitterer, hartnäckiger, aber er endete für die Arbeiter siegreich. Der Sieg von 1910 war zweifacher Art. Erstens errang er dem Damenschneider bessere menschliche Lebensbedingungen, zweitens — und dies ist das wichtigste — jener Sieg brachte dem Damenschneider seine Gewerkschaft, die schon dafür sorgte, daß die Erfolge in Kraft blieben, daß ihnen Dauerhaftigkeit beschieden sei und daß die Unternehmer nicht am Tage nach dem Streik alles, was die Arbeiter im schweren Kampfe errangen, beseitigen.

Der Sieg von 1910 schuf auch zum ersten Male kollektive Beziehungen und den Kollektivvertrag zwischen den beiden Teilen, den Unternehmern und der Gewerkschaft. Es verhandelt nicht mehr der Unternehmer mit dem einzelnen Arbeiter, sondern zwei organisierte Gegner führen die Verhandlungen: die Unternehmer-Vereinigung mit der Arbeiter-Gewerkschaft.

Damals wurde das sogenannte „Protokoll" vereinbart, das den jetzigen obersten Richter Luis D. Brandeis zum Verfasser hat. Was immer man über das Protokoll, über seine Vorzüge und Fehler denken mag, das eine ist klar, daß das Protokoll das erste Instrument war, das in dieser Industrie geschaffen wurde, um die Konflikte und Streitigkeiten zwischen Unternehmern und der Gewerkschaft gemeinschaftlich zu behandeln. Sei es das Resultat des „Protokolls", sei es das Resultat dessen, daß die Arbeiter nicht mehr vogelfrei waren, sondern eine mächtige Gewerkschaft hatten, auf jeden Fall war eine Zeit lang Friede im Gewerbe.

Der Friede hielt an, bis im Jahre 1915 die Unternehmer das „Protokoll" auflösten. Hier sei bemerkt, daß durch all die Zeit, vom Jahre 1910 bis jetzt, es die Unternehmer waren, die den Vertrag nicht hielten, die den Frieden störten und die Gewerkschaft zum Kampfe zwangen.

Als im Jahre 1919 die Gewerkschaft Forderungen erhob, ging sie nicht willkürlich vom Vertrage ab, sondern sie erhob ihre Forderungen in einer Konferenz mit den Unternehmern; diese aber zeigten durch all die Zeit, daß sie wort- und vertragsbrüchig sind.

1915 brachen sie das „Protokoll" ab. Der Kampf wurde jedoch dank den Bemühungen des damaligen Bürgermeisters Michel vermieden, der beide Teile zu einer Konferenz rief und den

Council of Consiliation schuf. Das C. of C. hatte aber kein langes Dasein. Es existierte bloß ein Jahr, bis April 1916.

Ungeachtet dessen, daß dem Council die berühmtesten Personen New-Yorks angehörten, wurde es von den Unternehmern ignoriert, die im April 1916 ihre Beziehungen zur Gewerkschaft abbrachen, eine Aussperrung über ihre Arbeiter verhängten und die Forderung stellten, Arbeiter nach Willkür entlassen zu dürfen und die Damenschneiderei wurde wieder in einen schweren Kampf verwickelt.

Jener Kampf dauerte 14 Wochen und endete für die Arbeiter siegreich.

Da kamen die Kriegsjahre, die Prosperität im Lande war groß, der Mangel an Arbeitern noch größer und sie wurden plötzlich die Umworbenen, sodaß die Damenschneider-Gewerkschaft es für möglich hielt, die Forderung der Wochenarbeit zu erheben.

Während der ganzen Zeit ihres Bestandes empfand und wußte die Gewerkschaft, daß alle ihre Erfolge nichts bedeuteten, insolange in der Industrie das System der Stückarkeit aufrecht war. Die Gewerkschaft war überzeugt, daß die Stückarbeit der größte Fluch für den Damenschneider war, daß sie ihn zu einem Sklaven mache. Das Hasten bei der Arbeit mit schonungsloser Zerstörung aller geistigen und körperlichen Kräfte, schafft eine solche Situation, daß in den Werkstätten das Schwitzsystem (sweating system) herrscht und daß der Kampf für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit bei dem Stückarbeitssystem keinen Sinn hat. In der Industrie kann da kein bestimmter Lohn festgesetzt werden, der Arbeiter weiß nie, welche Löhne er beim Stückarbeitsystem hat, weil dies von der Fähigkeit oder Unfähigkeit der Preiskommission in jeder Werkstätte abhängt. Dasselbe gilt von der Arbeitszeit. Die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung verliert ihren ganzen Wert, wenn der Arbeiter per Stück arbeitet und wenn er noch eine Stunde länger arbeiten kann, hält er es für ein Glück. Mit einem Wort, die Gewerkschaft empfand das Uebel, erkannte es deutlich und erstrebte dessen Beseitigung.

Im Sommer 1919 lud die Gewerkschaft die Unternehmerschaft zu einer Konferenz ein und erhob dort die Forderung auf Beseitigung der Stückarbeit und Einführung einer 44stündigen Arbeitswoche.

28 Konferenzen wurden zwischen der Gewerkschaft und dem Unternehmerverbande abgehalten, das Resultat aber war — ein Streik.

Der Streik des Jahres 1919 dauerte nicht lange. Die Zeit war günstig, die Unternehmer verdienten viel, sie konnten daher einen langen Streik nicht über sich bringen und nach 5wöchentlichem Streike kehrten die Arbeiter siegreich zur Arbeit zurück.

Darauf wurde ein Vertrag zwischen der Gewerkschaft und dem Unternehmerverbande geschlossen. Er sollte erst August 1922 enden. Die Unternehmer aber brachten es fertig, ihn schon dreimal zu brechen.

Sobald die günstige Zeit geschwunden war und ein reaktionärer Wind gegen die Arbeiter zu wehen anfing, besannen sich die Unternehmer auf ihr altes Anrecht, Verträge nicht zu halten, und schon vor eineinhalb Jahren versuchten sie, den Vertrag zu brechen. Die damalige Entscheidung des Gouverneurs Smis (wegen der 6 Dollar-Steigerung) haben sie öffentlicht verhöhnt und verspottet. Vor 6 Monaten brachen sie neuerlich den Vertrag und erhoben neue Forderungen. Nach langen Konferenzen wurde dann das „Memorandum" vereinbart, demzufolge beide Teile am 1. November zu einer gemeinschaftlichen Konferenz behufs Verhandlung über einen neuen Vertrag zusammenkommen sollten. Doch vor dem 1. November noch haben die Unternehmer ihren Vertrag mit der Gewerkschaft brutal, frech, selbstherrlich gebrochen und ihre berühmten 3 Forderungen erhoben: Stückarbeit, niedriger Lohn und längere Arbeitszeit. So ward der Gewerkschaft der Kampf aufgezwungen.

Sie führt ihn zu ihrer Selbstverteidigung.

Die Damenschneider-Gewerkschaft hat noch bis jetzt nie einen Kampf verloren und sie wird auch sicher in dem jetzt ihr aufgezwungenen Kampf den Sieg erringen.

New-York, November 1921. S. Scher.

RUNDSCHAU.

Sozialistische Bewegung.

Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands.

Daß ein Dutzend Mitglieder der Unabhängigen Reichstagsfraktion sich, obwohl sie im Parlament anwesend waren, an der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth nicht beteiligt und so indirekt die Mehrheit für die Regierung verstärkt haben, hat in der politischen Welt einiges Aufsehen erregt. Es sind an diesem Vorgang zahlreiche Kommentare geknüpft worden, die von einer durch die „Disziplinlosigkeit" der Minderheit an die Oeffentlichkeit getretenen Spaltung der Partei reden.

Eine solche Auffassung ist durchaus abwegig. Zunächst einmal kommt ein Bruch der Disziplin gar nicht in Betracht. Es ist ein anerkannter Rechtsgrundsatz in den sozialistischen Parteien, daß zwar keines ihrer Mitglieder ein dem Beschluß der Fraktion zuwiderlaufendes Votum abgeben darf, daß aber jeder die Möglichkeit hat, der Abstimmung fernzubleiben, wenn er eine Unterwerfung unter die Entscheidung der Fraktion mit seiner Ueberzeugung nicht vereinbaren kann. In sehr vielen Fällen ist dementsprechend gehandelt worden, ohne daß dadurch besondere Differenzen heraufbeschworen worden wären.

Auch die sachliche Meinungsverschiedenheit zwischen Mehrheit und Minderheit war nicht so tiefgehend, wie es vielfach dargestellt wurde. Die Fraktion hatte **nicht** die Absicht, bei dieser Gelegenheit die Regierung Wirth zu stürzen. Sie hat deshalb kein allgemeines Mißtrauensvotum eingebracht, sondern sich darauf beschränkt, die Erklärungen der Regierung zum Eisenbahnerstreik motiviert zu mißbilligen. Für ihren Antrag konnte sich im Reichstag keine Mehrheit finden, da die Rechtsparteien bei ihren Mißbilligungsanträgen von ganz entgegengesetzten Voraussetzungen ausgingen. War den Unabhängigen die Haltung der Regierung zu scharfmacherisch, so war sie den Reaktionären zu schlapp, und es lag von vornherein klar zutage, daß jedes der vier vorliegenden Mißtrauensvoten nur Minderheiten auf sich vereinigen könnte.

Die Situation wurde dann plötzlich durch das Verlangen des Reichskanzlers nach einem positiven Vertrauensvotum, auf das er sich bei der Fortführung der Politik stützen könne, geändert. Die Regierungsparteien begingen den schweren Fehler, in einem schleunigst eingebrachten Antrag die der Regierung auszusprechende Billigung ausdrücklich auf ihre Erklärung zum Streik zu beschränken und brachten damit die Unabhängige Fraktion in ein schweres Dilemma.

Ihre Mehrheit hielt sich an den Wortlaut und beschloß, mit Nein zu stimmen, da eine andere Haltung angesichts des eigenen Mißbilligungsantrages gar nicht möglich sei. Aber schon die Tatsache, daß die Fraktion versuchte, die Koalitionsparteien zu einer anderen, allgemeineren Fassung des Vertrauensvotums zu bestimmen, bewies aufs neue, daß man nicht darauf aus war, das Kabinett unter allen Umständen zu beseitigen.

Die Minderheit, in der Verurteilung des Vorgehens der Regierung gegen die Eisenbahnbeamten mit der Mehrheit einig, trug Bedenken, eine Krisis herbeiführen zu helfen, die nach ihrer Ueberzeugung einer rein bürgerlichen, stark unter deutschnationalem Einfluß stehenden Regierung den Weg freimachen mußte. Nach ihrer Meinung war die Streikfrage für die Rechtsparteien von untergeordneter Bedeutung. Sie wollten nur die Gelegenheit benutzen, ein Mini-

sterium zu beseitigen, das ihnen außenpolitisch zu pazifistisch und innenpolitisch zu republikanisch orientiert war.

Auch die Minderheit steht keineswegs auf dem Standpunkt, daß das Kabinett Wirth unter allen Umständen gehalten werden muß, aber sie wollte nicht aus formalistischen Erwägungen heraus zu seiner im gegenwärtigen Moment von der Gesamtfraktion nicht gewünschten Beseitigung beitragen, und einer der wesentlichsten Unterschiede zwischen den beiden Richtungen war eigentlich die voneinander abweichende Einschätzung der von einer Rechtsregierung drohenden Gefahr.

Daneben aber ist noch eine andere Auffassung zu berücksichtigen, die hier und da in der Partei laut wird. Sie geht dahin, daß die Alternative der gegenwärtigen Regierung nicht notwendigerweise ein rein bürgerliches Ministerium sei. Es liege im Bereich der Möglichkeit, ein rein sozialistisches Kabinett oder, wie man auch vielfach sagt, eine aus Arbeitern und Angestellten zusammengesetzte Regierung zu bilden. Da sie im jetzigen Reichstag über keine Mehrheit verfügen würde, sei das Parlament aufzulösen und ihr durch Neuwahlen eine feste Basis zu verschaffen.

Der Gedanke hat sicher etwas bestechendes, aber ganz von der Unklarheit des Begriffs einer Arbeiter- und Angestelltenregierung abgesehen, scheinen mir seine Träger von allzu optimistischen Voraussetzungen auszugehen. Nach aller Wahrscheinlichkeit würden sich diejenigen Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, die heute noch im bürgerlichen Lager stehen, an einer solchen Koalition nicht beteiligen, und selbst wenn sie unter Loslösung von ihren Parteien sich zu einem solchen Schritt entschließen könnten, würde ihre Mitwirkung ziffernmäßig nicht stark ins Gewicht fallen. Unter allen Umständen ist es so gut wie sicher, daß Neuwahlen keine parlamentarische Majorität für eine Arbeiterregierung bringen würde, und so bliebe das ganze eine kurze und wahrscheinlich wenig fruchtbare Episode. Dabei ist die Wirkung nach außen gar nicht einmal in Rechnung gestellt. Aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Ententestaaten es nach aller Wahrscheinlichkeit ablehnen würden, mit einem Kabinett, das nicht in der Lage wäre, sich auf den Volkswillen zu berufen, überhaupt in Verhandlungen zu treten.

So muß schon mit der Tatsache gerechnet werden, daß ein Rücktritt Wirths den Schwerpunkt der deutschen Politik weiter nach rechts verlegen würde, und man mag nur darüber streiten, ob die allgemeine Situation des Proletariats dadurch eine Verschlechterung erfahren würde. Die einen ziehen das in Zweifel, indem sie, was die auswärtige Politik angeht, auf eine gewisse Zwangsläufigkeit verweisen. Ganz gleichgültig, wer in Deutschland am Ruder sei, würden die wirtschaftlichen Verhältnisse die Entente doch auf den Weg drängen, den England neuerdings vorgezeichnet habe. Im Innern aber könnte ein bürgerliches Ministerium den Interessen der Arbeiterschaft auch nicht mehr schaden als das Ministerium Wirth, zumal da jenes die geschlossene sozialistische Front gegen sich haben würde.

Die Dinge werden hier doch wohl in einem zu rosigen Lichte gesehen. Sicherlich zwingen die wirtschaftlichen Nachteile, die besonders England aus der deutschen Erfüllungspolitik erwachsen, die Entente zum Nachdenken. Aber der Prozeß würde sich zum mindesten sehr stark verlangsamen, wenn in Deutschland die nationalistischen Gruppen den Ton angäben. In Frankreich würden die intransigenten Elemente beträchtlich gestärkt, ihr Widerstand gegen die Pläne Lloyd Georges' würde wachsen, und dieser selbst würde kaum gewillt sein, es unter solchen Umständen auf einen Bruch mit

den Franzosen ankommen zu lassen, der noch dazu für uns von sehr zweifelhaftem Werte wäre. Die Befriedung Europas wäre aufs neue in unabsehbare Ferne gerückt.

Innenpolitisch aber liegen die Dinge so, daß eine Regierung, in der die Stresemann und Stinnes, die Helfferich und Westarp zu reden hätten, den Forderungen der Arbeiter noch weit weniger entgegenkommen würde, als die gegenwärtige. Und man denke doch auch an die Sicherheit der Republik! Die verschämten und unverschämten Monarchisten der Rechten erhielten Oberwasser, und auch wenn sie nicht den Mut aufbringen würden, ihre Absichten unverhüllt auszusprechen und auf gewaltsamem Wege das alte System wieder herzustellen, so wären sie doch sicher bereit, all den Organisationen, die an der Unterminierung der Republik arbeiten, einen größeren Spielraum und freiere Hand zu gewähren als es heute geschieht.

Sicher würden sie das Proletariat gegen sich aufbringen. Aber darf damit gerechnet werden, daß sich die geschlossene Phalanx so schnell und so leicht herstellen ließe, wie es notwendig wäre? Die unselige Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft berechtigt in dieser Beziehung zu den schlimmsten Befürchtungen. Wäre sie nicht, so könnten wir freilich den Dingen guten Mutes entgegensehen. Aber selbst angenommen, daß sich der Stahl der Einigung in dem Feuer der Opposition härten ließe, so würde doch, bis das Ziel erreicht wäre, eine verhältnismäßig lange Zeit vergehen, in der die Reaktion ihre Macht außerordentlich befestigen könnte.

Damit sind wir an dem Punkte angelangt, der für jeden, seiner Verantwortung bewußten Sozialisten, der wichtigste sein muß. Zum Glück besteht in unserer Partei über die Notwendigkeit der Einigung des Proletariats keine Meinungsverschiedenheit, und nur im sofern gehen die Ansichten ein wenig auseinander, als die einen das, was uns insbesondere von den Rechtssozialisten trennt, in der Agitation stärker in den Vordergrund rücken als die andern. Dabei spielt natürlich auch die Frage der Koalitionspolitik eine Rolle. Aber auch hier sind die Unterschiede nicht so tiefgehend, wie es nach außen hin vielleicht den Anschein haben könnte.

Ich gehöre zu denen, die das Problem einer Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht als ein grundsätzliches, sondern als ein taktisches betrachten. Aber keiner von uns hält es im gegenwärtigen Augenblick für akut. Der Eintritt in eine Regierung mit Zentrum und Demokraten oder einer von diesen beiden Gruppen steht zur Zeit nicht zur Diskussion. Weder wollen wir ihn vollziehen, noch wollen uns die andern aufnehmen. Nach meiner Meinung soll man sich nur nicht für alle Zukunft prinzipiell festlegen, da unter bestimmten Umständen doch einmal die Notwendigkeit an uns herantreten kann, etwa zum Schutz der Republik mit bürgerlichen Parteien vorübergehend und natürlich unter entsprechenden Bedingungen zusammenzugehen. Klassenkampf treiben heißt nicht das Bürgertum als eine einige reaktionäre Masse auffassen, sondern wenn die Verhältnisse es gebieten, auch die innerhalb der Bourgeoisie vorhandenen Gegensätze zum Vorteil des Proletariats ausnutzen.

Alle die Differenzpunkte, die ich hier kurz berührt habe, sind aus der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der U. S. P. D. zu erklären. Die scharfen Kämpfe, die sie im Laufe der Zeit bald mit den Rechtssozialisten, bald mit den Kommunisten führen mußte, haben ganz naturgemäß die politische Einstellung ihrer Mitglieder nach der

einen oder nach der anderen Richtung hin beeinflußt. Die Position zwischen zwei Parteien, die mit ihr eine gemeinsame Wurzel haben, und gemeinsamem Endziel auf verschiedenen Wegen und mit einander entgegengesetzten Methoden zustreben, bedingt gewisse Meinungsverschiedenheiten in der allgemeinen Auffassung über die politischen und auch die agitatorischen Erfordernisse. Sie werden sich stets ausgleichen lassen, wenn nur der ernste Wille maßgebend bleibt, der Sache des Proletariats zu dienen und gleichzeitig die Erkenntnis obwaltet, daß gerade bei der Zersplitterung der Arbeiterbewegung die einzelne Partei nie Selbstzweck sein darf, sondern immer nur die Aufgabe im Auge haben kann, der Schaffung der einheitlichen Front zum Kampf für einheitliche Ziele zu dienen.

Berlin, Februar 1922.

Rud. Breitscheid.

Jüd. Arbeiterbewegung.

Die Krise der jüdischen Arbeiterbewegung in Polen.

I.

Mit einiger Verspätung macht gegenwärtig die jüdische Arbeiterbewegung in Polen die von Moskau inszenierte Spaltungskrisis durch. Dank der besonderen geschichtlichen Entwicklung des jüdischen Sozialismus nimmt hier diese Krise recht eigenartige Formen an. Die jüdische Arbeiterbewegung ist bekanntlich seit ihren Anfängen in mehrere Parteien gespalten. War jedoch die Spaltungslinie zwischen den jüdischen proletarischen Parteien bisher ihre verschiedene Stellung zu dem jüdischen Problem, so sind es gegenwärtig die Meinungsverschiedenheiten und Richtungskämpfe in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt und namentlich die Moskauer 21 Bedingungen, die in die verschiedenen bisherigen Richtungen der jüdischen Arbeiterbewegung Polens die Spaltung hineintrugen. Keine von den bisherigen Parteigruppierungen ist von ihr verschont geblieben.

Die bisher stärkste und im ganzen und großen geschlossen gebliebene jüdische Arbeiterpartei, der Bund, bietet seit dem letzten im Dezember 1921 abgehaltenen Parteitag das Schauspiel eines Bruderkampfes, der an Gehässigkeit und Unversöhnlichkeit wohl nirgends übertroffen wurde. Der äußerst geschickten Regie des früheren Zentralkomitees gelang es, auf dem Parteitage selbst die Spaltung zu vermeiden. Bloß 6 von 49 Delegierten waren für die bedingungslose Unterwerfung unter die 21 Punkte des Moskauer Diktats. Sie verlangten offen die Parteispaltung und die Vereinigung mit der polnischen kommunistischen Partei, wobei sie in unklarer Weise andeuteten, daß die Formen dieser Vereinigung die „Selbstaktivität der jüdischen Arbeitermassen“ ermöglichen sollen. Dieser „kombundistischen“ Fraktion standen eine sogenannte zentristische mit 17 und eine linke mit 26 Stimmen gegenüber, welche beide von der Spaltung der Partei nichts wissen wollten. Die „Zentristen“ übten wohl Kritik an den 21 Punkten und der Spaltungspolitik Moskaus, betonten jedoch, daß auch die Wiener Arbeitsgemeinschaft sie nicht befriedige. Es müsse eine Vereinigung von Moskau und Wien angestrebt werden. Angenommen wurde schließlich die Resolution der „Linken“, durch welche die Partei sich auf den Boden der Grundsätze und der Organisationsbasis der Kommunistischen Internationale stellte und ihre Gegnerschaft zur Wiener Arbeitsgemeinschaft unterstrich. Von den 21 Bedingungen wurden jedoch Punkt 21 und teilweise 7 (Parteispaltung) für unannehmbar erklärt. Der Bund wünscht eine Vereinigung mit der polnischen

kommunistischen Partei. Doch soll den jüdischen Arbeitern eine gewisse Autonomie gewahrt bleiben und die kommunistische Partei soll die Forderung der jüdischen Arbeiter auf freie kulturelle Entwicklung in ihr Programm aufnehmen. Da sich die Zentristen diesen Beschlüssen unterwarfen, konnte das Zentralorgan der Partei stolz verkünden, daß die Gefahr der Spaltung gebannt sei.

Doch war dieser Parteitag keineswegs das wirkliche Spiegelbild des Denkens und Fühlens der breiteren Parteimasse. Denn die polnische Reaktion, die auf der jüdischen Gasse mit besonderer Wucht tobt und in erster Linie an der revolutionären jüdischen Arbeiterschaft ihr Mütchen kühlt, bildet einen äußerst fruchtbaren Boden für bolschewistische Ideengänge. Doch hat auch die bundistische Intelligenz, die zum großen Teil zentristisch gesinnt ist, einen großen Anteil an dem Ueberwuchern der Sympathien für Moskau, da sie aus Furcht, ihre Popularität einzubüßen und in der Hoffnung, durch Nachgiebigkeit an die momentanen Stimmungen der Massen die Einheit der Bewegung zu erhalten, es unterlassen hat, diese Massen zur nüchternen Erkenntnis der wahren Bedingungen ihres Kampfes zu erziehen und den Moskauer Lehren von allem Anfang an mit der notwendigen Klarheit und Entschiedenheit entgegenzutreten. Das Ergebnis dieser Taktik ist ein vollkommen anderes als sie erwartet hatten. Der Dezember-Parteitag war der Schwanengesang des einheitlichen Bundes. Die unentwegten Anhänger Moskaus waren weniger sentimental und scherten sich den Teufel um die Beschlüsse des Parteitages. Die Spaltung, auf dem Parteitage künstlich verdeckt, brach gleich darauf mit umso verheerenderer Wucht hervor. In großen Massen verlassen insbesondere in den Zentren der Bewegung (Warschau, Lodz usw.) Arbeiter und Intelligenz den Bund. Sie strömen teilweise direkt der polnischen kommunistischen Partei zu. Größer jedoch ist die Zahl derjenigen, die bei aller Moskau-Anbeterei doch nicht auf einmal die Jahrzehnte alte Selbständigkeitstradition aufgeben können und sich deshalb eine eigene Partei, den Kommunistischen Bund, geschaffen haben, der sich jedoch selber bloß für eine Art Korridor zur polnischen kommunistischen Partei betrachtet und seine Existenz auf die kurze Zeitspanne befristet, die notwendig ist, damit die Masse die alten Vorurteile überwinde. Im Kampfe gegen dieses offene und halb verschämte Liquidatorentum hat der rechte Bund eine umso schwierigere Position, als er weder in den allgemeinen Fragen der sozialistischen Taktik noch in der Auffassung der spezifisch jüdischen Arbeiterprobleme ihnen eigene Grundsätze und ein eigenes Aktionsprogramm entgegenstellen kann. Die Masse will Klarheit haben, halbe Worte bleiben ihr unverständlich. Und so sehen wir den einst so mächtigen Bund, der seine Stärke der Einfachheit und Geradlinigkeit seiner Losungen verdankte, in einem Zustande einer akuten Spaltungskrisis. Wie sehr sie ihm das Leben sauer macht, ist schon daraus zu sehen, daß zum Beispiel das Warschauer Zentralorgan des Bundes, „Die Volkszeitung"*, in jeder ihrer Nummern mindestens einen oder zwei Artikel gegen die „Abgesplitterten" enthält und daß in Warschau, Lodz und anderen Städten fast keine bundistische Versammlung mehr von den Kom.-Bundisten ungestört verlaufen kann. Der Kampf der einstigen Brüder übergreift auch auf die Gewerkschaftsbewegung, wo der Kom.-Bund mit wachsendem Erfolge seinem Rivalen Positionen zu entreißen sucht. Entscheidend ist aber die Tatsache, daß die Spaltung des Bundes keineswegs als ein abgeschlossener Akt zu betrachten ist, sondern viel-

* Das Lodzer Organ „Wecker" ist zum Kom. Bund übergegangen.

mehr einen Krankheitsprozeß darstellt, an dem der Bund voraussichtlich noch lange zu laborieren haben wird. Denn die Stellung des Bundes zu Moskau ist keineswegs für die Herbeiführung einer reinlichen Scheidung zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten geeignet. Der Bund hoffte durch die mechanische Nachahmung des Beispieles der italienischen Partei seine Einheit bewahren zu können. Er versuchte gleichsam den Serratismus ins jüdische zu übertragen. Das Resultat konnte kein anderes sein als eine Karrikatur des Serratismus. Indem er gegen Wien auftritt und bemüht ist, in allen seinen Taten sich ein Moskau-Alibi zu schaffen, wird der Bund zu seinem eigenen Totengräber im Herzen seiner eigenen Anhänger. Indem er die reinliche Scheidung vermeidet, bereitet er den Moskauern den Boden für immer neue Erfolge in seinen eigenen Reihen. Indem er auch hartnäckig bei seiner Negation aller wirklich lebendigen eigenartigen Probleme und Aufgaben der jüdischen Arbeiterbewegung beharrt, entzieht er in Wahrheit der Selbständigkeit dieser Arbeiterbewegung jeden Boden.

Das soll natürlich nicht besagen, daß die Tage des Bundes gezählt wären. Seine Lebensgrundlage ist gegenwärtig einerseits der Konservatismus der Masse, die an ihrer alten Organisation traditionsmäßig festhält, andererseits die platte Selbstzufriedenheit und Beschränkung auf die primitiven Aufgaben des täglichen wirtschaftlichen und politischen Kampfes unter Verneinung aller eigenen Zukunftsaufgaben, die in den Programmen der anderen sozialistischen Parteien kein Analogon haben. Auch diese Beschränktheit wird gewiß noch lange bei einem großen Teile der Masse Anklang finden.

Eine ähnliche unentschiedene Stellung in der Frage der sozialistischen Taktik und der Internationale nimmt die Gruppe der Vereinigten ein. Doch spielt diese Richtung des abstrakten Territorialismus gegenwärtig in Polen fast gar keine Rolle mehr. Die Reste ihrer Organisation sind im Zerfallen begriffen.

II.

Anders geartet ist die Krise, in der sich die linke Poale-Zion-Partei in Polen befindet. Bekanntlich hat die im Jahre 1920 eingetretene Spaltung der Weltbewegung schon vor mehr als einem Jahre auch nach Polen ihre Schatten geworfen. Im Dezember 1920 konstituierte sich die Unabhängige Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterpartei Poale-Zion, die alle jene Elemente aus der alten Partei herauszuführen versuchte, welche auf dem Boden der später zur Wiener Arbeitsgemeinschaft vereinigten zentristischen Parteien einerseits, andererseits auf dem Boden des klaren positiven Palästinismus und der konkreten Palästinaarbeit standen. Im ersten Ansturm gewann die neue Partei wohl die Mehrheit der Genossen in Westgalizien. Im alten Kongreßpolen jedoch gelang es ihr nur sehr langsam, festen Fuß zu fassen. Hier verstand es die geschickte Taktik des linken Zentralkomitees die jahrelang gepflegten Gefühle der Liebe und Pietät für die alte Partei bei der großen Mehrheit der Parteigenossen auszunützen und die in allen grundsätzlichen Fragen auf dem Boden des alten Weltverbandes und der Wiener Arbeitsgemeinschaft stehenden Genossen durch die Hoffnung auf die Möglichkeit einer Wiedervereinigung sowie durch Vorspiegelungen über konkrete Palästinaarbeit an die alte Partei zu binden. Natürlich half man sich auch durch die altbewährte Methode von Verleumdungen und Ausstreuung von Legenden über den „rechten" Weltverband und insbesondere über „konterrevolutionäre" Taten seiner palästinensischen Partei nach. Doch konnten diese Mittel nicht für die Dauer von Erfolg sein. In seinem bekannten Briefe an die linken

Poale-Zion (August 1921) forderte das Moskauer Exekutivkomitee bekanntlich nichts weniger als erstens Auflösung des linken Weltverbandes und der Landesparteien und zweitens die völlige Lossagung auch vom letzten noch verbliebenem Reste der Palästina-Ideologie. Allerdings reichte Moskau den linken Poale-Zion gleichzeitig mit diesem Todestrank auch in menschenfreundlicher Weise die versüßende Pille. Der Brief stellte das Vorhandensein eigenartiger Produktionsverhältnisse des jüdischen Proletariats fest, deren Ausdruck die starke Wanderbewegung sei und stellte in Aussicht, daß die kommunistischen Landessektionen sich mit der Lösung dieses Problems beschäftigen werden „in dem Maße als es erforderlich ist, dieselbe für den Kampf um die Diktatur des Proletariats und die Erfüllung konkreter Forderungen der Arbeiterschaft auszunützen". Die Würdigung des Moskauer Standpunktes, welcher aus diesen Feststellungen zur Negation der Selbständigkeit der jüdischen Arbeiterbewegung und der Lösung des Wanderungsroblems durch die Kolonisation in Palästina ableitet, gehört auf ein anderes Blatt. Für jeden Einsichtigen müßte es jedenfalls klar sein, daß das Entscheidende des Briefes nicht in dieser theoretischen Konzession, sondern in der sehr praktischen Forderung des ideellen und organisatorischen Selbstmordes besteht.

Nicht so die linken Poale-Zion. Für sie verwandelte sich die versüßende Todespille in den letzten, wenn auch nur zeitweiligen Rettungsanker. Denn jede klare Antwort auf den konkreten Inhalt des Moskauer Briefes mußte für sie in gleicher Weise verhängnisvoll werden. Sagten sie ja, so mußten sie den Verlust aller jener ihrer Anhänger gewärtigen, die noch einen Rest von politischer Selbstwürde und vom alten Ideeninhalt des Poale-Zionismus sich bewahrt hatten. Sagten sie nein, so mußte auch der letzte Parteigenosse einsehen, daß die Zugehörigkeit zu den linken Poale-Zion keineswegs den Anschluß an Moskau bedeute. Und daß ohne diesen Anschluß eine revolutionäre jüdische Arbeiterbewegung keine Existenzberechtigung habe, hatten doch die Linken selbst seit der Spaltung tagtäglich ihren Anhängern gepredigt. Sie benützten daher die Wendung des Briefes über die eigenartigen Produktionsverhältnisse etc., um einer entgültigen Entscheidung auszuweichen und wenn auch nur für kurze Zeit die Illusion des Anschlusses aufrecht zu erhalten.

Die Beratung des linken Weltverbandes (Wien, August 1921) hat nicht nur die Annahme der 21 Punkte durch das Verbandsbüro bestätigt, sondern darüber hinaus erklärt, daß sie den Brief des Moskauer Exekutivkomitees als Basis für die weitere Anschlußaktion betrachtet. (Der endgültige Beschluß ist formell allerdings der für März 1922 geplanten Weltkonferenz vorbehalten.) Die sehr deutlichen k o n k r e t e n Forderungen des Exekutivkomitees beantwortete die Beratung durch den Beschluß, „unverzüglich eine Delegation zum Exekutivkomitee zu entsenden, um die kommunistische Internationale genau und allseitig über das wirklich kommunistische Wesen unserer Auffassung des Palästina-Punktes im Kampfprogramm des jüdischen Proletariates und den revolutionären Charakter unserer proletarischen Arbeit in Palästina aufzuklären und auf diese Weise die schweren Bedenken, die das Exekutivkomitee hinsichtlich des Gedankens der Konzentrierung der jüdischen Wanderung in Palästina hegt, zu beseitigen". Die Beratung erklärte ferner, daß schon jetzt für die linken Poale-Zion in allen Fragen der internationalen und der Landespolitik die Beschlüsse der kommunistischen Internationale sowie der betreffenden kommunistischen Landespartei verbindlich sind.

Der im Dezember abgehaltene Parteitag der linken Poale-Zion Po-

lens hat diese Beschlüsse der Verbandsberatung vollinhaltlich bestätigt.

Dieser Parteitag zeigte ein Bild geradezu idealer Einheitlichkeit und Geschlossenheit. Die erwähnte Stellungnahme erfolgte nämlich fast einstimmig. Bloß zwei Delegierte störten die Harmonie. Der eine, es war dies der bisherige Sekretär der Partei, trat für die widerspruchslose Annahme des Moskauer Briefes, somit für die Auflösung von Partei und Weltverband, sowie für den wenigstens momentanen Verzicht auf jeden Hinweis auf Palästina im Programm ein, während der andere die Ablehnung des Briefes verlangte und die Plattform der Wiener Arbeitsgemeinschaft vertrat. Beide wurden, da sie erklärten, sich den Beschlüssen des Parteitages nicht zu unterwerfen, ausgeschlossen.

Aber auch hier zeigte es sich, daß die Leitungsmaschine das Gespenst des Liquidatorentums sowie des Zentrismus nur auf dem Parteitag zu bannen vermochte. Denn gleich nach diesem setzte der Prozeß des Abströmens nach rechts und links ein. Die linke Poale-Zion-Partei erntet nunmehr die Früchte ihrer Arbeit in den letzten eineinhalb Jahren. Ein Teil ihrer Masse ist für Moskau geradezu fanatisiert und fordert den sofortigen Anschluß um jeden Preis umso heftiger, als ja für sie das von Moskau geforderte Opfer nicht die Lossagung von einem wirklich lebendigen Ideal, sondern bloß das Ueber-Bordwerfen eines unzeitgemäßen Ballastes bedeutet. Dieser Teil der Parteigenossen zieht die Konsequenz aus der Tatsache, daß der Palästinismus im Laufe der letzten Jahre bei den Linken tatsächlich zu einem Lippenbekenntnis herabgesunken ist, um dessentwillen außerhalb der kommunistischen Internationale zu bleiben sie mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren können. Diese Genossen sagen sich mit Recht, daß der Brief des Moskauer Exekutivkomitees an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt und stempeln daher die Beschlüsse der Partei als einen Verschleierungs- und Verzögerungsversuch, den mitzumachen sie nicht gewillt sind. Die größten Erfolge haben die Liquidatoren bisher in Lodz, wo sich die stärkste Organisation der linken Poale-Zion befindet, zu verzeichnen. Ihr Weg führt nicht über eine dem kommunistischen Bunde verwandte neue Parteibildung, sondern ausnahmslos direkt in das Lager der polnischen Kommunisten.

Viel folgenschwerer ist der Angriff von rechts. Die linke Partei macht zwar alle Anstrengungen, um die bisher aus den oben erwähnten Motiven bei ihr verbliebenen „Rechten" zu halten. Es ist für den Ernst und für die Aufrichtigkeit dieser Partei gegenüber Moskau recht bezeichnend, daß sie gar keine Miene macht, den Bestimmungen der von ihr feierlich angenommenen 21 Bedingungen gemäß die Zentristen auszuschließen. Im Gegenteil, sie scheint die bekannte Keimzellentaktik Moskaus so zu verstehen, daß sie sich alle Mühe gibt, menschewistische Keimzellen in der vom Kommunismus geradezu triefenden Partei zu erhalten. Mit Ausnahme des erwähnten Delegierten wurde bisher kein einziger Zentrist ausgeschlossen. In den leitenden Instanzen sitzen notorische Zentristen. Da der Zentrismus im allgemeinen mit einem starken Palästinismus Hand in Hand geht, so versucht man den Zentristen die hyperkommunistische Einstellung der Partei durch eine Unmenge von Palästinaresolutionen annehmbar zu machen. Ja, man versucht sogar den Anschein praktischer Palästinaarbeit zu erwecken, indem man die Gründung einer kooperativen Palästina-Gesellschaft proklamiert, die anscheinend dazu berufen sein soll, von der allgemeinen bürgerlichen und „sozial-patriotischen" Wirtschaft des Landes völlig isolierte kommunistische Wirtschafts- und Parteioasen in Palästina ins Leben

zu rufen. Dieser Plan wird allen Ernstes in marxistischer Aufmachung vorgetragen und es muß zugegeben werden, daß so mancher darauf hereinfällt.

Daß die auf dem Boden der 21 Bedingungen stehende Partei es nicht verschmäht, schwankend gewordenen Genossen durch alle Mittel der persönlichen Ueberredung, durch den Apell an den Parteipatriotismus und ähnliche Auskunftsmittelchen von dem Abfall abzuhalten, sei nur nebenbei bemerkt.

Doch all diese Mittel und Mittelchen vermögen nicht, den unvermeidlichen Prozeß des Abfalles der zentristischen und wahrhaft poale-zionistisch gesinnten Elemente für die Dauer aufzuhalten. Dieser Prozeß geht umso schneller vor sich, als ja bereits eine Partei vorhanden ist, welche in allen Fragen den Anschauungen der erwähnten Elemente entspricht: die Unabhängige Sozialdemokratische Arbeiterpartei Poale-Zion. Schon jetzt ist der Schwerpunkt unserer Partei nicht mehr in Westgalizien, sondern im alten Kongreß-Polen. Sie zählt bereits in diesem Landesteil über 30 Orgonisationen gegen drei im Dezember 1920. Als charakteristisch für die veränderte Lage soll hier folgendes Beispiel erwähnt werden. Die Industriestadt Lodz war bisher die unbestrittene Domäne der Linken. Durch eineinhalb Jahren gelang es ihnen, die breite Parteimasse völlig zu isolieren und über die wirklichen Vorgänge in der Weltbewegung im Unklaren zu halten. Unsere Partei konnte nicht einmal eine Versammlung abhalten, geschweige denn eine Gruppe bilden. Unsere Presse und Literatur gelangten fast überhaupt nicht in die Hände auch nur eines Genossen in Lodz. Gegenwärtig besteht hier eine festgefügte Organisation, welche bereits viele Dutzende von Mitgliedern aus der linken Partei gewonnen hat, darunter mehrere der wichtigsten gewerkschaftlich und politisch führenden Genossen. Und die Organisation ist erst im Wachsen begriffen. Die Organisation in Warschau zählt bereits viele hunderte von Mitgliedern. Aehnlich ist die Situation in einer ganzen Reihe anderer Städte.

Unsere Partei ist die einzige jüdische proletarische Partei in Polen, die von der gegenwärtigen Krisis unberührt bleibt oder vielmehr aus ihr in immer wachsendem Maße zahlenmäßig und politisch gestärkt hervorgeht. Sie ist die einzige Partei, welche eine von konkretem Inhalt erfüllte Selbständigkeit der jüdischen Arbeiterbewegung mit einer lebendigen Internationalität verbindet. Es ist kein Zweifel, daß große Teile der bisher in der linken Partei organisierten Arbeiterschaft sich einen gesunden Sinn bewahrt und vom kommunistischen Taumel trotz aller Anstrengungen der Parteiinstanzen verschont geblieben ist. Andererseits vermochte die alte Partei keineswegs das gesunde Verständnis der Arbeiter für die konkreten Aufgaben, die aus der spezifischen Lage des jüdischen Proletariats stammen und insbesondere für die lebendige Aufbauarbeit in Palästina zu töten. Unsere Partei schöpft ihre Stärke und wachsende Bedeutung aus dem Mute zur Unpopularität, der sie von allem Anfang an vor den anderen proletarischen Parteien ausgezeichnet hat. Die von tausenden Arbeitern besuchten großen Versammlungen, in welchen in den letzten Monaten die Genossen Juris und Locker über die Wiener Arbeitsgemeinschaft und über unsere Palästinaarbeit sprachen, sind Zeugen der lebendigen Kraft unserer Idee, die berufen ist, die jüdische Arbeiterbewegung Polens über die gegenwärtige Krise, in welche sie durch die Politik der alten, nach Popularität und schreienden Losungen haschenden Parteien gebracht wurde, herauszuführen.

B. Locker.

Palästina.

Lord Northcliff und Ramsay Macdonald.

Zwei führende politische Persönlichkeiten Englands haben letztens Palästina besucht. Lord Northcliff und Ramsay Macdonald. Und es ist nur natürlich, daß diese beiden Männer ihrer verschiedenen Stellung im öffentlichen Leben Englands gemäß von sehr verschiedenen Kreisen Palästinas ihre Informationen holten. Der König der Londoner Sensationspresse suchte in erster Linie Kontakt mit den Führern der antijüdischen Bewegung im Lande, den arabischen Effendis, für welche die jüdische Kolonisation und insbesondere die organisierte jüdische Arbeiterschaft und ihre „bolschewistischen Experimente' ein Dorn im Auge sind. Von jüdischer Seite empfing Northcliff Deputationen der antizionistischen Klerikalen, von denen er sich insbesondere Schauermärchen über die umstürzlerischen Ideen und Taten der eingewanderten jüdischen Arbeitspioniere erzählen ließ. Und so ist das Ergebnis der Reise Northcliffs eine außerordentlich scharfe Campagne gegen den Zionismus. Lord Northcliff gefällt sich in der Rolle des Kämpfers für die angeblich bedrohten Rechte der Araber und die seitens der jüdischen Arbeiter drohende bolschewistische Gefahr in Palästina.

Anders dürften allerdings die Eindrücke ausfallen, die Ramsay Macdonald, welcher unmittelbar nach Lord Northcliff Palästina besuchte, mitgebracht hat. Im Gegensatz zu Lord Northcliff hat Ramsay Macdonald seine Gewährsmänner nicht in den Reihen der arabischen Großgrundbesitzer und der jüdischen Klerikalen gesucht, sondern in erster Linie in den Reihen der organisierten jüdischen Arbeiterschaft. Er hat indes auch Deputationen anderer Kreise empfangen. Das Hauptgewicht legte er jedoch darauf, die Leistungen der jüdischen Arbeiterschaft, ihre Siedlungen und ländlichen Genossenschaften, ihre kollektiven selbständigen Unternehmungen auf dem Gebiete der großen öffentlichen Arbeiten usw. durch persönliche Anschauung kennen zu lernen. Noch haben wir keinen ausführlichen Bericht über das Ergebnis der Reise Macdonalds, doch beweisen schon die ersten Nachrichten, daß der Führer der britischen Arbeiter mit viel Enthusiasmus vom tiefen Eindruck sprach, den der kurze Besuch in Palästina auf ihn gemacht hat. Die jüdische Arbeiterschaft Palästinas kann das Urteil Macdonalds ruhig abwarten. Dieser erste Besuch eines britischen Arbeiterführers in Palästina ist ein Beweis für das wachsende Interesse an dem Aufbauwerk, das jüdische Arbeiter in diesem Lande leisten und leisten wollen, in den führenden Kreisen des britischen Sozialismus. Nichts kann der für unsere Bestrebungen so notwendigen Sympathie der britischen Arbeiterklasse förderlicher sein als der direkte lebendige Kontakt dieser britischen Arbeiterschaft mit der Arbeit und den Schöpfungen des jüdischen Proletariats in Palästina.

* *
*

Im Nachstehenden bringen wir einen soeben aus Palästina eingetroffenen Bericht über die Ankunft und den feierlichen Empfang Macdonalds:

Genosse Ramsay Macdonald trat am 10. Februar in Begleitung des Genossen Morgan in Jaffa ein, wo er durch das Zentralkomitee der Achduth Haawodah und Vertreter aller zentralen und lokalen Arbeiter-Institutionen empfangen wurde. Er besuchte das Lager der Neueingewanderten in Jaffa, die „Silikatfabrik", die Genossenschaftsdruckerei der Achduth Haawodah, die genossenschaftliche Schuhmacherei Toeleth, sowie die landwirtschaftliche Schule in Mikwe-Israel. Am 12. Februar fand in Jerusalem

eine mehrstündige Zusammenkunft mit Vertretern des Zentralkomitees der allgemeinen Arbeiterorganisation, der Zentrale der landwirtschaftlichen Arbeiter, des Amtes für öffentliche Arbeiten, der Leitung des Palästina-Arbeiterfonds, der Einwanderungszentrale und der Arbeiterkulturkommission statt. Nach der feierlichen Begrüßung durch Genossen Ben-Gurion hörte Macdonald eine Reihe informativer Vorträge über die ökonomische und kulturelle Tätigkeit der Arbeiter Palästinas, insbesondere auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der öffentlichen Arbeiten und der Erziehung an. Durch diese Vorträge sowie durch die nachfolgende Diskussion wurden die wichtigsten Fragen der Bodenpolitik, der Genossenschaften, der neuen Arbeiterkommune in Nuris, der Arbeiterbank und des Palästina-Arbeiterfonds beleuchtet. Ferner wurden die politischen Fragen, die Beziehungen mit den arabischen Nachbarn, die Fragen des Schutzes, der Beseitigung der Einwanderungsbeschränkungen und der Verbindungen mit der englischen Arbeiterpartei besprochen. Genosse Macdonald zeigte für all diese Fragen ein außerordentliches Interesse und Verständnis. Er hielt eine längere Rede, in der er unter anderem ausführte:

„Als die zweite russische Revolution ausbrach, stand ich ihr skeptisch gegenüber. Nicht etwa aus Mangel an Sympathie, sondern aus der klaren Erkenntnis heraus, daß sie nicht zum Ziele führen kann. Ich glaubte nicht an diesen Weg zur Verwirklichung des Sozialismus. Nachdem ich hier an Ort und Stelle über Eure Arbeitsmethoden gehört habe, bin ich tief überzeugt, daß Euer Weg der richtige ist und daß Ihr Euer Ziel erreichen werdet. Ihr habet von Grund auf begonnen, Ihr habet Eure Arbeit nicht nach einer bestimmten Theorie eingerichtet. Ihr arbeitet nach einer wissenschaftlichen Methode, indem Ihr verschiedene Versuche anstellt, so daß beim Mißlingen des einen nicht der ganze Bau mitgerissen wird. Ihr stützt Euch auf die natürliche Basis der landwirtschaftlichen Arbeit und dringt in die verschiedenen anderen Arbeitszweige ein, Ihr erobert die öffentlichen Arbeiten und verschiedene Industrien. Auf diesem Wege werdet Ihr gewiß zum Ziele gelangen.

Ihr seid eine wirtschaftliche Macht im Lande. Stark ist nicht bloß der, welcher über Kapital und Maschinen verfügt. Die wirtschaftliche Kraft besitzt derjenige, der die Arbeit organisiert. In Eurer Hand liegt die Organisierung der Landwirtschaft und der anderen Arbeiten. Das ist der Weg zum Ziele. Ihr sollt Euch mit der genossenschaftlichen Bewegung in Belgien, Frankreich, England und anderen Ländern verbinden, mit ihnen in wirtschaftliche Beziehungen treten. Das wird Eure Stellung festigen. Eure Arbeit ist nicht leicht. Ihr habet und werdet auch in Zukunft allerlei Hindernisse zu überwinden haben. Schrecket nicht zurück. Befestiget Eure Arbeit und schreitet vorwärts.“

Ueber die Stellung der englischen Arbeiterschaft führte Macdonald aus:

„Die englische Arbeiterbewegung bezieht sich mit Sympathie zur Rückkehr der Juden in ihr Land. Aber nur wenige ihrer Führer kennen den Zionismus genau und verstehen seinen wirklichen Inhalt. Wenn Ihr Euch an die englischen Arbeiter bloß im Namen von historischen Rechten und Aspirationen wenden werdet, so werden Euch vielleicht die religiösen unter ihnen, die die Erfüllung der Worte der Propheten wünschen, verstehen. Aber zur großen Mehrheit der Arbeiter müsset Ihr mit Euren Taten im Lande kommen Es ist notwendig, daß der engli sche Arbeiter es weiß, daß, wer die Lösung der Frage der Lohnarbeit sucht, nach Palästina gehen

soll; daß wer verstehen will, wie man den Boden nationalisiert, Eure Genossenschaften sehen muß; daß wer sich für die Gildenbewegung interessiert, die Chaussee Tiberias Semekh aufsuchen soll. Der englische Arbeiter beschäftigt sich wenig mit internationalen Fragen. Er kennt nicht nur fremde Länder nicht, auch für die englischen Kolonien hat er kein großes Interesse. Aber als er von dem neuen Arbeiterschutz in Deutschland hörte, gewann er Interesse für Deutschland. Als er von der Arbeiterverregierung und sozialen Reformen in Queensland hörte, gewann er Interesse für Queensland. Der englische Arbeiter muß Eure Schöpfungen kennen lernen, dann wird er Euch verstehen."

Die Einwanderung.

Balfourdeklaration, San-Remo-Beschluß, die Ernennung des „jüdischen" High Commissioner — diese und alle sonstigen hochpolitischen Akte haben wohl große Hoffnungen, weitschweifende Illusionen hervorgerufen, aber keineswegs den Aufbau des jüdischen Palästina wesentlich gefördert. Das primitivste Recht auf Einwanderung ins Land, um es durch Arbeit zu erneuern, ist noch immer nicht gewährleistet. Die Geschichte der jüdischen Einwanderung nach Palästina in den letzten Jahren seit der britischen Okkupation, ist die Geschichte eines dornenvollen Ringens nicht nur mit den schweren Hindernissen der Auswanderung aus der Ukraina, Polen, Rumänien, nicht nur mit der immer wachsenden Entwertung der Valuta in den Auswanderungsländern, sondern vor allem auch mit den Schwierigkeiten der Einwanderung in die feierlich versprochene nationale Heimstätte. Keinen Moment war die Einwanderung völlig freigegeben, es gab nur verschiedene Grade der Einwanderungsbeschränkungen. Bis zur Ablösung der Militärverwaltung durch die zivile, Mitte 1920, gab es fast gar keine Möglichkeit legaler Einwanderung, mit Ausnahme der Rückwanderung der Kriegsflüchtlinge. Darauf folgte eine kurze Periode relativer Einwanderungsfreiheit, die von Mitte 1920 bis April 1921 währte. Nach den Maiunruhen des Vorjahres kam das zeitweilige Einwanderungsverbot und dann die äußerst restringierenden Vorschriften vom Juni 1921, die seither mehrmals verschärft wurden. Gegenwärtig dürfen unbemittelte Einwanderer nur auf Grund eines vorher mit einem Arbeitgeber in Palästina geschlossenen Arbeitsvertrages das Visum erhalten und auch dann behält sich die palästinensische Regierung eine Ueberprüfung vor. All diese Momente müssen bei der Beurteilung der nachfolgenden Ziffern beachtet werden.

Die Zahl der durch die zionistischen Palästinaämter beförderten Einwanderer betrug im zweiten Halbjahr 1920 zirka 10000, im Jahre 1921 — 8517. Der Rückgang der Einwandererzahl ist auf die erwähnten Einwanderungsbeschränkungen vom Mai 1921 zurückzuführen. Während im März 1921 1042, im April 1343 Personen einwanderten, kamen in den Monaten Mai und Juni zusammen 319 Einwanderer. Kaum öffneten die Einwanderungsvorschriften vom Juni wieder, wenn auch nur in sehr beschränktem Maße, die Pforten des Landes, wuchs gleich die Einwandererzahl fast ununterbrochen. Im Dezember 1921 erreichte sie die Zahl 1102 (im Januar 1922 betrug sie 979). Im ganzen sind — wenn man auch die ohne die Vermittlung der Palästinaämter Eingewanderten berücksichtigt — seit der britischen Okkupation 22.000 bis 25.000 Seelen eingewandert. Davon sind allerdings mehrere Tausend Rückwanderer.

Für die Lösung des großen jüdischen Einwanderungsproblems bedeuten diese Zahlen gewiß noch recht wenig. Aber sie sind ein beredter Ausdruck des gewaltigen Dranges, in Palästina zu einem neuen Leben der Arbeit und Frei-

heit überzugehen, der in großen Massen des jüdischen Volkes lebt. An diesen Zahlen kann man ermessen, wie mächtig der Einwanderungsstrom erst werden wird, wenn alle Dämme der Einwanderungsbeschränkungen beseitigt sein werden, und wenn das schwierige Problem der Kapitalbeschaffung für die landwirtschaftliche Kolonisation auf Gemeinschaftsboden, für die Begründung von Industrien, für die großen öffentlichen Arbeiten, in befriedigender Weise gelöst sein wird.

Viel größer wird die Bedeutung der bisherigen neuen Einwanderung, wenn man sie vom Gesichtspunkte der Aenderungen betrachtet, die sie bereits jetzt im Lande herbeigeführt hat. Sie hat nicht nur die jüdische Bevölkerung um ein Viertel ihrer früheren Zahl vergrößert, sondern sie hat innerhalb dieser eine wesentliche Verschiebung zugunsten der produktiven Elemente ausgelöst. Die Zahl der Arbeiter ist von 2000—3000 auf mehr als 10.000 gewachsen. Und diese Arbeiterschaft hat in der Zeit schwerster Prüfungen — Einwanderungsbeschränkungen, Pogrome, Verfolgungen durch die Regierung, Arbeitslosigkeit, Verständnislosigkeit der bürgerlichen und insbesondere der Kolonistenkreise für die brennendsten Fragen des Aufbaues Palästinas — eine bewundernswerte schöpferische Kraft gezeigt. In diese Zeit fallen, um nur einiges zu nennen, die Gründung der allgemeinen Arbeiterorganisation, die Uebernahme und Durchführung großer öffentlicher Arbeiten durch die organisierte jüdische Arbeiterschaft unter Ausschaltung des Unternehmertums, das Eindringen in neue Arbeitszweige — Straßen- und Eisenbahnbau —, die Gründung der vielhundertköpfigen Arbeiterkommune (Gdud avodah) und die grundlegenden Schritte zu ihrer Seßhaftmachung auf nationalem Boden, die Gründung der Arbeiterbank.

Niemand weiß es besser als die palästinensische Arbeiterschaft selbst, daß das alles nur kleine Anfänge sind. Unsere Arbeitspioniere in Palästina sind von Selbstzufriedenheit weit entfernt. Aber es darf wohl gesagt werden, daß in diesen zwei Jahren wichtige Grundsteine zu neuen großen Dingen in Palästina durch die Arbeiterschaft gelegt worden sind, Grundsteine für das arbeitende, sozialistische Palästina.

B. L.

Die Arbeiterbank.

Die palästinensische Arbeiterschaft kann auf eine neue, für die gesamte Arbeiterkolonisation höchst bedeutsame Schöpfung hinweisen: die Arbeiterbank, die von der allgemeinen jüdischen Arbeiterorganisation ins Leben gerufen wurde.

Die Beschaffung des notwendigen Kredits für die gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitergenossenschaften ist eine der größten Sorgen der Arbeiterschaft. Der Privatkredit, der nur an seinen Profit denkt, hat weder den Willen noch die Fähigkeit, die Kreditbedürfnisse der Arbeitergenossenschaften zu befriedigen. Aber auch die mit den Mitteln der nationalen Bewegung geschaffenen Finanzinstitute, die der Volkskolonisation dienen sollen, sind meistens weit davon entfernt, der Arbeiterwirtschaft zu dienen. Ihre Verwaltung liegt in den Händen von Menschen, denen das aufbauende Schaffen der Arbeiter fremd ist, die infolge ihrer Erziehung und ihrer sozialen Anschauungen unfähig sind, Vertrauen zur Arbeiterschaft zu haben und ihren Tendenzen feindlich gegenüberstehen. Sie führen die ihnen anvertrauten Institute in den ausgetretenen Wegen des Privatkapitals.

Deswegen ist eine eigene Arbeiterbank notwendig geworden, die von vornherein dem bestimmten Zweck zu dienen hat: dem Aufbau der Arbeiterwirtschaft.

Die Aufgabe der Arbeiterbank besteht nicht darin, einzelnen Ar-

beitern Darlehen zu gewähren. Für diesen Zweck besitzt die Allg. Arbeiterorganisation eine Leihkasse. Noch weniger kann es Aufgabe der Arbeiterbank sein, dem Einzelnen zu helfen, daß er aufsteige und sich von seiner Klasse „befreie". Die Arbeiterkank ist das Finanzinstitut der Arbeiterklasse und dient nur der Arbeiterklasse als solcher. Sie will der gesamten organisierten Arbeiterschaft beim Ausbau ihrer Kooperativen, bei der Eroberung neuer wirtschaftlicher Positionen, bei der Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten behilflich sein. Die Bank ist von größter Bedeutung nicht nur für die bereits in Palästina wohnenden Arbeiter, sondern vor allem auch für die vielen Zehntausende, die noch kommen sollen. Ihr Zweck ist gerade die Ermöglichung einer großen Einwanderung. Sie ist ein Instrument für den Aufbau des arbeitenden Palästina. Die palästinensische Arbeiterschaft sieht in ihr den zentralen Apparat ihres wirtschaftlichen und sozialen Schaffens.

Das Eigentum der Arbeiterschaft ist dadurch versichert, daß die 100 Gründeraktien, die auf der Generalversammlung über 50 Prozent aller Stimmen verfügen, nur Arbeiterorganisationen oder Arbeitergenossenschaften gehören können. Tatsächlich liegen die Gründeraktien in der Hand des Zentralkomitees der Allg. Arbeiterorganisation, die damit die gesamte Geschäftsführung kontrollieren und den Arbeitercharakter der Bank sichern kann.

Das Grundkapital beträgt 30.000 ägyptische Pfund, doch kann es jederzeit durch Beschluß der General-Versammlung vergrößert werden. Der Preis jeder Aktie ist ein Pfund. Außer den 100 Gründeraktien gibt es gewöhnliche Aktien, die Stimmrecht und Dividendenrecht haben, und Vorzugsaktien, die wohl eine proportionelle Vertretung im Direktorium, aber sonst kein Stimmrecht haben; dafür aber haben sie ein Vorzugsrecht auf eine 5prozentige Dividende vor den gewöhnlichen Aktien.

Um der Arbeiterbank die sofortige Aufnahme ihrer Tätigkeit zu ermöglichen, hat die zionistische Orgonisation ihr 30.000 Ltst. als Darlehensfond zur Verfügung gestellt, die im laufenden Jahre durch weitere 10.000 Ltst. vermehrt werden sollen. Ueber die Verwendung dieses Darlehensfonds hat ein von der zionistischen Organisation eingesetzter Gouverneur ein Vetorecht. Auf die sonstige Geschäftsführung hat er keinen Einfluß. Auf jede 1000 verkaufte gewöhnliche Aktien verwandeln sich 1000 Ltst. des Darlehensfondes in Vorzugsaktien und das Vetorecht des Gouverneurs erstreckt sich auf einen um soviel verringerten Betrag. Nach dem Verkauf von 40.000 gewöhnlichen Aktien hört der Darlehenfond und damit das Amt des Gouverneurs auf.

Mit Hilfe eines Teiles des Darlehensfondes hat die Arbeiterbank im letzten Jahre bereits wichtige Operationen durchgeführt. In erster Linie wurden Kredite für die von der Allg. Arbeiterorganisation durchgeführten öffentlichen Arbeiten bewilligt, aber auch landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften erhielten Kredite. Im ganzen beträgt der bisherige Umlauf 55.000 Ltstr.

Die kleine palästinensische Arbeiterschaft hat die Aufbringung von 10.000 Aktien übernommen, von denen mehr als die Hälfte bereits gezeichnet sind. Aber es ist klar, daß der Aufbau dieses wichtigen Arbeiterinstituts nur möglich ist, wenn alle, denen das freie arbeitende Palästina wirklich am Herzen liegt, mit ihre Hand ans Werk legen. In allen Ländern hat die Aktion für die Arbeiterbank eingesetzt. In Amerika, wo eine Delegation der jüdischen Arbeiter Palästinas weilt, wurden bisher 7000 bis 8000 Aktien aufgebracht. Dieser imponierende Anfang muß auf die anderen Länder anspornend wirken.

Die öffentlichen Arbeiten.

Die wichtigste Arbeitsposition, die die jüdische Arbeiterschaft in den letzten zwei Jahren errungen hat, sind die großen öffentlichen Arbeiten, namentlich der Straßenbau. Nicht nur haben jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem ihnen bisher völlig ungewohnten Arbeitszweige — zum großen Teil handelt es sich um Einwanderer, die erst in Palästina zu physischer Arbeit überhaupt übergingen — sich als durchaus leistungsfähig erwiesen, sondern diese Arbeiten wurden zum Ausgangspunkt eines groß angelegten Versuchs der Ausschaltung des Unternehmertums und der Uebernahme seiner Funktionen durch die Arbeiterschaft und ihre Organe. Die Straßenbauarbeiten wurden nämlich durch das Amt für öffentliche Arbeiten bei der Allgemeinen Arbeiterorganisation von der Regierung übernommen und auf eigene Rechnung durch Arbeitergenossenschaften durchgeführt. Im ganzen waren außer den Ingenieuren und Technikern ungefähr 2500 Arbeiter beschäftigt, die Straßen in der Länge von 70 km und Eisenbahnlinien in der Länge von 15 km erbauten. Die von der Regierung an die Arbeiterorganisation abgeführten Beträge belaufen sich zusammen auf 240.000 Pfund Sterling.

Die Straßen- und Bahnbauarbeiten haben nunmehr im allgemeinen einen vorläufigen Abschluß gefunden und dürften erst nach der endgültigen Ratifizierung des Mandats auf größerer Skala wieder aufgenommen werden. Dadurch sind gegen 1500 Arbeiter frei geworden, für deren Beschäftigung das Amt für öffentliche Arbeiten zu sorgen hat. Das Schwergewicht übergeht jetzt auf den Bau neuer Stadtviertel, kleinere Straßenbauarbeiten in den Städten und Kolonien, Nivellierungsarbeiten, Steinhauerei u. dgl. Das Amt für öffentliche Arbeiten hat bereits eine Reihe von Verträgen abgeschlossen. Doch ist die Arbeitslosigkeit noch keineswegs beseitigt.

Ueber die im Laufe des ersten großen Versuchs entstandenen Probleme der Leitung der Arbeit, Heranziehung von Fachleuten, Entlohnungssystem usw. werden wir in einer der nächsten Nummern ausführlicher berichten.

Neue Arbeitersiedlungen.

Auf dem neu erworbenen Boden des jüdischen Nationalfonds im Emek Jesreel wurden einem Beschlusse des XII. Zionistenkongresses gemäß einige neue Arbeitersiedlungen gegründet, die eine neue Epoche in der Arbeiterkolonisation einleiten. Ihre Bedeutung ist umso größer, als gerade in der letzten Zeit fast alle jüdischen Arbeiter, die nach den Maiunruhen des Vorjahres in den privatwirtschaftlichen Kolonien Arbeit gefunden hatten, wieder der niedriger entlohnten arabischen Arbeit weichen mußten. Es steht nunmehr endgültig fest, daß die kapitalistische Kolonisation unfähig ist, arbeitenden Juden in großer Zahl den Weg zur Landwirtschaft zu ermöglichen. Am wichtigsten ist die Gründung der großen kommunistischen Siedlung in Nuris (Ejn Charud). 300 Genossen und Genossinnen siedeln dort bereits in Zelten. Ein Teil ist mit vorbereitenden Arbeiten, wie Ackern, Bodenentsteinen, Säen, Baum- und Gemüsepflanzungen, Straßenbau, Bewässerung, Entsumpfung u. a. m. beschäftigt. Es wurden auch eine Schneider-, Schuster- und Tischlerwerkstätte und eine Schmiede errichtet. Auch eine intensive Kulturarbeit hat bereits begonnen: Sprach- und Fachkurse, eine Arbeiterbühne, Referate, Vorlesungen und Diskussionen werden abgehalten. Zwei Mitglieder der Kommune fungieren als Arbeiterlehrer. Die Kommune gibt auch ein hektographiertes Organ „Von unserem Leben“ heraus. Dieser epochemachende Versuch einer großzügigen

Arbeiterkolonisation auf kommunistischer Grundlage und der Vereinigung von Landwirtschaft und Industrie ist leider dadurch in seinem Erfolge bedroht, daß von dem vom Zionistenkongreß bewilligten, von vornherein schon sehr knappen Budget infolge der nicht genügenden Eingänge des Palästina-Aufbaufondes (Keren-Hajessod) bisher nur ein Bruchteil zur Verfügung gestellt wurde. Das hemmt natürlich die Arbeit aufs schwerste.

Das gilt auch von den auf Selbstarbeit und individuellem Besitz beruhenden neuen Siedlungen Nahlul und Ejn Tabun (mit bisher 90 Siedlern) und von der kleinen genossenschaftlichen Siedlung Giwah. Ueberall sind die grundlegenden Arbeiten im vollen Gange. Die Arbeiter geben ihr Bestes an Energie und an Können, um ihr Ideal eines Lebens freier Arbeit zu verwirklichen. Aber der Mangel am notwendigen Inventar, an Saatfrucht, Produktionsmitteln bedroht die jungen Keime der Arbeiterkolonisation.

Die Maschinen- und Werkzeugaktion des Palästina-Arbeiterfondes.

Von den durch den Palästina-Arbeiterfonds, das Finanzinstrument des Poale-Zion-Verbandes, in Amerika gesammelten Maschinen und Werkzeugen, ist der erste große Transport in Palästina eingetroffen und zum großen Teil bereits in Verwendung. Es sind 277 landwirtschaftliche Maschinen (Dresch-, Sä- und Düngmaschinen, Traktors, Kultivatoren), 3 Straßenbaumaschinen, 18 moderne Tischlereimaschinen und eine große Anzahl kleinerer Maschinen und Werkzeuge aller Art. Während die letzteren größtenteils an Arbeiterkooperativen verkauft werden, bleiben die Maschinen im Besitz des Palästina-Arbeiterfondes, der sie gegen einen kleinen Zins den landwirtschaftlichen und industriellen Arbeitergenossenschaften zur Verfügung stellt. Gegenwärtig gibt es fast keine Genossenschaft, die nicht mit Maschinen des P. A. F. arbeiten würde. Das Maschinenlager des P. A. F. ist so zu einem der wichtigsten Stützpunkte für die selbständige Aufbauarbeit der jüdischen Arbeiterschaft geworden.

Tagung des Rates der Allgemeinen Jüdischen Arbeiterorganisation.

Anfang Februar fand in Jaffa eine Plenarsitzung des Rates der Allg. Arbeiterorganisation statt, die sich hauptsächlich mit den Fragen der Arbeitslosigkeit und der Einwanderung befaßte. Es wurde eine Kommission gewählt, die auf Grund der in der Sitzung gemachten Anregungen Pläne für die Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen auszuarbeiten und durchzuführen hat. Die zionistische Organisation wurde aufgefordert, die zur Unterstützung der Arbeitslosen verwendeten Beträge für die Beschaffung von Arbeit zu benützen. Die Beratung protestierte gegen die neuen Einwanderungsbeschränkungen und wiederholte die Forderung nach völliger Freigabe der Einwanderung.

Das Zentralkomitee wurde aufgefordert, ein Arbeiterschutzgesetz zu entwerfen und der Regierung zu überreichen.

Bemerkenswert ist der Beschluß, konkrete Schritte zur gemeinsamen Organisierung der arabischen und jüdischen Arbeiter (in nationalen Sektionen) im Eisenbahn-, Post- und Telegraphendienst zu unternehmen. Diese arabischen Arbeiterschichten sind vorläufig die einzigen, bei welchen Aussicht auf einen Erfolg der Organisationsversuche vorhanden ist. Die große Mehrheit der arabischen Proletarier steckt noch sehr tief in Kultur- und Bedürfnislosigkeit. Der Beschluß der Organisation der jüdischen Arbeiter ist als erster Schritt zur Verbrüderung der jüdischen und arabischen Arbeiterklasse aufs Wärmste zu begrüßen.

Vom jüdischen Leben.

Die wirtschaftliche Lage der Juden unter dem neuen Kurs in Sowjet-Rußland.

M. Luchatoker veröffentlicht in der Newyorker poale-zionistischen Tageszeitung „Die Zeit" einen überaus interessanten Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Infolge der alten Wirtschaftspolitik der Sowjet-Regierung, der Politik der unterschiedslosen Nationalisierung und Requisition, sind die Existenzgrundlagen der jüdischen Massen untergraben worden. Der Uebergang zu neuen produktiven Berufen ist nur in sehr geringem Maße erfolgt, auch die Militarisierung der Arbeit hat hier wenig ausgerichtet, da sie planlos durchgeführt wurde. Daß viele Juden zu den primitivsten schwarzen Arbeiten (Schneereinigung, Verladearbeit u. dgl.) angehalten wurden, wobei noch der größte Teil der Zeit mit bureaukratischen Formalitäten der Registrierung, Verteilung etc. verging, kann eher als Menschenquälerei denn als Produktivierung bezeichnet werden. Der Uebergang zu produktiver Arbeit kann eben nicht auf einmal auf Grund eines Befehls von oben erfolgen, sondern er stellt einen langwierigen Prozeß dar, der gehöriger Vorbereitung bedarf. Die früheren Angehörigen der jüdischen Bourgeoisie sind entweder Spekulanten oder Sowjetbeamte geworden, in manchen Fällen beides zugleich. Auch die bei ihren Berufen gebliebenen Handwerker und Arbeiter, wie überhaupt alle Schichten der Bevölkerung Rußlands, haben ihren Anteil an der kleinen Spekulation (Meszcenicestwo — Hamsterei als Erwerbsquelle).

Infolge der neuen Wirtschaftspolitik, welche die Beschränkungen der Hausindustrie und teilweise auch des Handels aufhob, ist bereits ein gewisser Teil der Juden zu ihren früheren Beschäftigungen zurückgekehrt, oder hat sich neuen zugewendet. Es ist eine ganze Reihe von Hausindustrien und Handwerkszweigen entstanden, so die Herstellung von Hosenträgern, Knöpfen, Türklinken, ferner Schlosserei, Klempnerei, Strickflechterei und Stepperei. Die Arbeit wird entweder einzeln oder durch kleinere Artels und Genossenschaften durchgeführt. Es gibt auch Genossenschaften für die Produktion von Wagenschmiere, Tischlerei, Gerberei u. a. m.

Die Zerstörung der Industrie und der Mangel an modernen Produktionsmitteln haben viele Produktionszweige zur Rückkehr zu längst überwundenen Arbeitsmethoden geführt. Interessant ist vor allem die weitverbreitete Zündhölzchenproduktion. Für die überall eingeführte Zusammensetzung des Zündstoffes fehlt es an den notwendigen chemischen Substanzen. Ein gewisser Chemiker hat eine neue Zusammensetzung erfunden und diese zu seinem stillschweigenden Monopol gemacht. Die Hölzchen selbst werden von Nichtjuden hergestellt. Die Juden kaufen nun Hölzchen und Zündstoff und ihre Funktion besteht im Eintauchen der Hölzchen. Von dieser Arbeit nun leben sehr viele Juden, von denen oft ganze Familien mit dem Eintauchen beschäftigt sind. Doch ist letztens infolge des starken Anwachsens dieser „Industrie" eine Absatzkrise und in ihrem Gefolge ein Fallen der Preise eingetreten, wodurch in erster Linie die Arbeitslöhne sehr zurückgingen.

Einen anderen Zweig der Hausindustrie bildet die Herstellung von Schuhen aus Leinen oder von aus Strick geflochtenen Schuhen. Es gibt auch Artels für Schuh- und Galoschenreparaturen. In diesen verschiedenen Hausindustrien sind viele Juden beschäftigt, die bisher überhaupt keine

physische Arbeit verrichtet haben. Darunter sind auch viele Studenten und Gymnasiasten, welche einige Stunden im Tage arbeiten und in der übrigen Zeit ihrem Studium obliegen.

Wesentliche Aenderungen lassen sich auch im Handel bemerken. An Stelle der bisherigen unlegalen Spekulation tritt langsam der legale Handel. Die jüdischen Kapitalisten machten von der Verpachtung industrieller Unternehmungen durch die Regierung wenig Gebrauch. Vor allem haben sie zum neuen Kurs wenig Vertrauen Zum Handel ist eine besondere Erlaubnis der Regierung notwendig, die nicht jeder bekommen kann, da vor allem Invalide, Verwandte von Armeeangehörigen usw. vorgezogen werden. Auch ist nicht der Handel mit allen Artikeln erlaubt. In erster Linie entstehen Lebensmittelgeschäfte, Kaffeehäuser, Restaurationen und Bäckereien. Der Handel mit sonstigen Waren wird hauptsächlich unter freiem Himmel geführt, wobei das Einkaufen von Ware für den Händler die weit schwierigere Seite seiner Aufgabe ist. Im Gassenhandel erfüllen vor allem Kinder die wichtige Funktion von Aufpassern und Boten. Daß dies auf die Erziehung und Entwicklung der Kinder sehr nachteilig wirkt, liegt auf der Hand.

Mit dem allgemeinen Rückgang der Spekulation verkleinert sich auch die Anzahl der Händler. Die Rucksackspekulation verliert langsam ihre bisherige Bedeutung. Die Legalisierung des Handels hat die Hauptfunktion des Spekulanten, verbotene Waren aufzustöbern, zum Teil bereits überflüssig gemacht.

Allmählich zeigt auch das ruinierte jüdische Städtchen gewisse Lebenszeichen. Hier ist vor allem das Wiederaufleben des Jahrmarkts zu bemerken. Ganz von selbst entstehen improvisierte Jahrmärkte, auf welchen die Bauern verschiedener Dörfer sowie die Stadtbewohner ihre Erzeugnisse austauschen. Das Städtchen kommt wieder in Kontakt mit dem Dorfe, das aus seiner geschlossenen Hauswirtschaft wieder herauszutreten beginnt. Diese Tatsache erklärt die merkwürdige Erscheinung, daß die Juden trotz Pogromgefahr und trotz der Zerstörung ihrer Wohnstätten teilweise in ihre Städtchen zurückkehren. Die materielle Not erweist sich stärker selbst als die Todesangst.

So sieht das jüdische wirtschaftliche Leben im eigentlichen Rußland und in der Ukraina aus. In den Grenzgebieten ist die Hauptbeschäftigung der Schmuggel, von dem die Bevölkerung großer Städte und Städtchen lebt. Der Handel zwischen Rußland, Rumänien, Polen und anderen Ländern, der einen großen Umfang angenommen hat, wird hauptsächlich auf dem Wege des Schmuggels durchgeführt.

Die Möglichkeiten jüdischer Kolonisation in Südrußland.

Die fürchterliche wirtschaftliche Lage der Juden in Rußland und in der Ukraine ist der jüdischen Oeffentlichkeit in Europa und Amerika zur Genüge bekannt. Weniger bekannt jedoch sind die Möglichkeiten der jüdischen Aufbauarbeit, noch weniger der bereits vor sich gehende Aufbauprozeß, der trotz der unsäglich schwierigen Bedingungen schon jetzt gewisse Erfolge zu verzeichnen hat.

Die Neigung zur Landarbeit, welche bei der jüdischen Bevölkerung noch vor dem Kriege sich merken ließ, wurde nach der Februar-Revolution und insbesondere nach der bolschewistischen Umwälzung sehr verstärkt. Nicht bloß die jüdische Dorfbevölkerung, sondern auch die Juden in den kleinen Städten forderten, wo dies nur möglich war, für sich einen Teil des durch die Enteignung des Großgrundbesitzes freigewordenen Bodens. Die Bauern waren fast

überall mit dieser jüdischen Forderung einverstanden. In einzelnen Fällen wurden die Juden sogar durch die Bauern gezwungen, einen Teil der parzellierten Großgüter zu übernehmen, um auf diese Weise für den Fall einer Restauration einen Teil der Verantwortung auf die jüdische Bevölkerung zu überwälzen. So entstanden im landarmen Gouvernement Homel 160 jüdische landwirtschaftliche Genossenschaften, wobei noch ein bedeutender Teil der jüdischen Bevölkerung ihre Bodenanteile privatwirtschaftlich bearbeitete. Wenn in diesem Gouvernement im Frühjahr 1921 bloß noch 73 jüdische Genossenschaften bestanden, so liegt die Ursache des Unterganges der übrigen 87 Genossenschaften hauptsächlich in der gleichgültigen Beziehung der jüdischen Gesellschaft und als Folge davon im Mangel an Saatfrucht, an lebendem und totem Inventar u. dgl. Aehnlich ist die Geschichte der jüdischen Landwirtschaft in den übrigen Gouvernements des gewesenen Ansiedlungs-Rayons.

Im Frühjahr 1921 entstanden im Gouvernement Odessa gegen 50 jüdische ländliche Wirtschaften, von denen einige 30 bis 45 Familien mit bedeutendem Bodenbesitz, größtenteils auf Grund der allgemeinen bäuerlichen Bodennorm (zwei Desjatin pro Familienmitglied) zählen. Besonders stark haben sich in der Odessaer Gegend bestimmte Zweige intensiver Landwirtschaft, hauptsächlich die Tabakpflanzungen entwickelt (Dubosore, Grigoropol, Grasulowa, Rybnice). Im Odessaer Rayon entstehen auch neue jüdische landwirtschaftliche Punkte („Boden und Kultur“, „Krapotkin“, „Gleichheit und Brüderlichkeit“ u. a.).

Auch die Anziehungskraft der alten jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien, insbesondere im gewesenen Gouvernement Cherson ist bedeutend gewachsen. Bei der letzten Verteilung des Bodens haben sich in der Kolonie Jefe-Nohar 993 Personen, die sich bisher nicht mit Landarbeit beschäftigt hatten, registriert, darunter ein großer Teil Eingewanderter. Eine ähnliche Erscheinung war auch in den Kolonien Dobra, Nowa Poltawka u. a. zu bemerken.

Ueberaus interessant ist die natürliche Umsiedlungsbewegung, welche in den letzten Jahren bei der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine besonders im Gouvernement Poltawa und Czernigov zu bemerken ist. Bedeutende Gruppen verlassen ihre alte Heimat und wandern in die südliche Ukraine aus, um dort zur Landarbeit überzugehen. Die neuentstandene jüdische landwirtschaftliche Siedlung „Boden und Kultur“ in der Nähe von Odessa besteht aus 35 Familien, die aus Zolotonosze eingewandert sind. Einige solcher Gruppen haben sich in den bereits bestehenden jüdischen Kolonien niedergelassen und mehrere tausend Personen aus den erwähnten Gouvernements haben sich an das Charkower jüdische gesellschaftliche Komitee mit der Bitte gewendet, ihnen behilflich zu sein, sich in den jüdischen Kolonien niederzulassen, um sich dort der Landarbeit zu widmen.

Glücklicherweise begegnet hier das Streben der Juden zur Landarbeit großen Kolonisationsmöglichkeiten in der südlichen Ukraine. In diesem Rayon, welcher in den letzten 50 Jahren große jüdische Massen aufgenommen hat — und diese Anziehungskraft wird sicherlich neu erwachen, sobald in der Ukraine wieder ein normales wirtschaftliches Leben und eine Belebung der Industrie kommen wird — in diesem „jüdisch-ukrainischen Amerika“ befindet sich viel freier Boden für die jüdische Kolonisation. Im Odessa-Rayon hat das Gouvernement - Bodendepartement dem Odessaer „Ort“ (Gesellschaft zur Verbreitung der Landwirtschaft und des Handwerks unter den Ju-

den) offiziell mitgeteilt, daß freie Bodenreserven für die jüdische Kolonisation vorhanden sind. Nach den Mitteilungen dieses Departements besteht hier nach der Beteilung der Bauern mit der normalen Bodennorm eine staatliche Bodenreserve von 100.000 Desjatin, außer den 50.000 Desjatin, die für Sowjetwirtschaften bestimmt sind und die ebenfalls zum großen Teil der jüdischen Bevölkerung in Pacht übergeben werden könnten, wenn sie die notwendigen Geldmittel zu ihrer Bearbeitung hätte. Außerdem könnte für die jüdische Kolonisation noch ein Teil des Bodenfondes für Bewaldung (gegen 100.000 Desjatin), sowie des Bodenfondes, der für die Städte und Städtchen bestimmt ist, in Betracht kommen. Groß ist auch der Bodenfond, der für eine jüdische Kolonisation benützt werden könnte, im Rayon von Nikolajev und Cherson und teilweise in der Nachbarschaft der bereitz bestehenden jüdischen Kolonien. So befindet sich neben dem jüdischen Wolost Sdej-Menucha (der drei jüdische Kolonien vereinigt) ein Bodenfond von 10.000 bis 12.000 Desjatin, welcher nach den Berichten des bekannten Argronoms Sussmann für Tabakpflanzungen, Gärtnerei und sonstige Zweige intensiver Landwirtschaft geeignet ist. Gewisse freie Bodenflächen sind auch in der Nähe der großen jüdischen Kolonie Ingulec, sowie der jüdischen Wolost Isluczystoje (welche 6 jüdische Dörfer vereinigt) vorhanden.

Auch vom nationalen Standpunkte bildet die Südukraine einen günstigen Boden für die jüdische Kolonisation. Hier besteht bereits eine bedeutende Zahl gutfundierter jüdischer Kolonien. Einer der wichtigsten Zweige der intensiven Landwirtschaft in der Südukraine, Tabakpflanzung, befindet sich fast ausschließlich in jüdischen Händen. Ueberdies ist dieser Teil der Ukraine bis zu einem gewissen Grade von einer national gemischten Bevölkerung bewohnt. Im Odessaer Bezirk (Ujezd) bilden die Ukrainer im ganzen 31 Prozent der Landbevölkerung. Bedeutende nationale Minderheiten befinden sich auch unter der Dorfbevölkerung des Chersoner und Nikolajever Bezirks sowie im südlichen Teile des Gouvernements Jekaterinoslav. Die wichtigste nationale Minderheit sind hier die Deutschen, die aus gewissen ökonomischen, kulturellen und nationalen Gründen der jüdischen landwirtschaftlichen Kolonisation in ihrer Gegend sehr sympathisch gegenüberstehen. Dank dieser Stellung und nicht selten sogar der aktiven Hilfe der deutschen Kolonisten sind in die deutschen Kolonien selbst Juden aus den benachbarten Städtchen eingewandert und zur Landwirtschaft übergegangen.

Diese Tatsachen beweisen zur Genüge, daß in Südrußland große Möglichkeiten für eine landwirtschaftliche jüdische Kolonisation vorhanden sind. Die jüdische Gesellschaft muß diesen Möglichkeiten ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden und eine sofortige Aktion zu ihrer Ausnützung unternehmen. Sie darf sich nicht darauf berufen, daß die gegenwärtigen Zustände und insbesondere das Banditentum große Unternehmungen unmöglich macht. Gerade in den Gegenden, in welchen die geschilderten Möglichkeiten jüdischer Kolonisation vorhanden sind, ist das Banditentum am wenigsten verbreitet. Im Gegenteil, hier hat die unglückliche, progromierte jüdische Bevölkerung sehr oft Schutz und Ruhe gefunden. Jedes Dutzend neuer jüdischer Kolonisten verstärkt die nationalen und wirtschaftlichen Positionen der Juden in der Ukraine und verkleinert die Gefahr des judenfeindlichen Banditismus. Das verstehen in erster Linie die jüdischen Kolonisten selbst und sie sind bereit, die jüdische Kolonisation in ihrer Nähe mit allen Kräften zu fördern.

B. Rubstein.

BEMERKUNGEN.

Josef Popper-Lynkeus.

„In diesen wie in meinen andern sozialphilosophischen Schriften findet man weder Gelehrsamsamkeit noch Scharfsinn, weder Tiefe noch Reichtum an Geist und namentlich keine Theorien. Derlei darf durchaus nicht erwartet werden. Mir handelt es sich lediglich darum, zu helfen. Mein Bestreben ist, durch Vorschläge nützlicher Institutionen und durch Erweckung von Gefühlen, die mit der Zeit zu ihrer Verwirklichung drängen, die Menschen von manchem Unheil zu befreien, das sie gegenwärtig bedrängt."

Diese schlichten einleitenden Worte zum „Individuum" sind für Popper-Lynkeus sehr bezeichnend. Sein ganzes Denken und Ringen war von dem Gedanken beseelt, den Menschen aus ihrer äußersten Not — Hunger und Krieg — zu helfen. Unter diesem Gesichtspunkte — und nur unter diesem — kann man das gesamte Schaffen Popper-Lynkeus' betrachten. Was immer er geschaffen, erdacht und erfunden hat, war bestimmt, die Welt und die Menschen einer höheren Entwicklung entgegenzuführen: der steigenden Beachtung und Achtung jedes einzelnen Individuums.

Er meinte, es müsse gelingen, den Menschen beizubringen, daß Hunger und Krieg die schwierigsten und wesentlichen Hindernisse allen Fortschrittes seien. Und erst nach ihrer Beseitigung sei ein Weg ins Freie geebnet. Er hat zu diesem Zwecke einen geistreichen Plan einer Nährarmee erdacht und die Grundzüge eines neuen Staatsrechtes entwickelt. Er glaubte an den endgültigen Sieg des gesunden Menschenverstandes und an diesen Glauben knüpfte er die Hoffnung auf die Verwirklichung seiner Ideen.

In Form und Rhythmus („Phantasien eines Realisten") hat er sich die Chinesen zum Vorbild genommen, der Inhalt seines Schaffens, sein Streben ist das unsrer Propheten.

Für Popper-Lynkeus gilt gewiß ohne jede Einschränkung, was er Tsein-Tschang über Confucius („Confucius stirbt") sagen läßt: „Ich betrachte mich als allen Menschen ohne Unterschied angehörig, weil ich alle Menschen als eine und dieselbe Familie ansehe, mit deren Belehrung ich beauftragt bin." Das darf aber nicht mit vulgärem Kosmopolitismus verwechselt werden

Popper-Lynkeus hat sich am Anfang seiner schöpferischen Laufbahn mit dem Antisemitismus Bismarks auseinandergesetzt, später aber den speziell jüdischen Problemen keine selbständigen Arbeiten gewidmet. Waren diese doch der ganzen Menschheit gewidmet. Umso schmerzlicher litt er unter den Erniedrigungen und Verfolgungen seines Volkes, denn er litt nicht nur mit den Leidenden, er, der sich allen Menschen ohne Unterschied angehörig betrachtete, litt doppelt schwer an Brudermord und Bruderhaß.

Daß dem so ist, sei der Ordnung der Dinge in der heutigen Gesellschaft zuzuschreiben. Not und Hunger müssen vorerst beseitigt, der ethische Wille zum Guten, die Sehnsucht nach Schönheit muß geweckt werden. Die steigende Beachtung und Achtung jedes einzelnen Individuums soll erreicht werden. Und dann wird auch ein Volk im andern den Bruder erkennen.

Der Schlüssel zum Schaffen Popper-Lynkeus' ist in seinen „Phantasien eines Realisten" zu finden. Dieses wunderbare Buch strotzt von edler Liebe zu den Menschen und ihren Tugenden und Lastern, unendliche Herzensgüte strömt uns aus diesem Werk entgegen. Das nach innen gekehrte geräuschlose

Pathos gilt dem herrlichen unerschütterlichen Glauben an die Menschen. Das ist das Bekenntnis Popper-Linkeus, sein späteres Schaffen und Denken war bloß die Erfüllung dessen, was er in den „Phantasien eines Realisten" versprochen hat.

Das können wohl am besten jene bestätigen, denen es gegönnt war, in der Nähe dieses Weisen zu weilen.

Popper-Lynkeus hat auf seine Umgebung edelste Herzensgüte ausgestrahlt. Wenn wir bei ihm weilten, mit ihm sprachen, seine Beziehung zu seiner prächtigen Lebensbegleiterin beobachten durften, ward uns immer so wohl zumute, wir sind in seiner Nähe besser geworden. Die Fülle seiner Liebe und Herzensgüte hat uns alle geadelt. Wir pflegten das Haus in Hietzing erleichtert und befreit zu verlassen. In schweren Tagen hat uns Popper-Lynkeus das Leben lebenswert gemacht.

Wenn er auch seine Ideen und Hilfspläne so nüchtern entwickelt hat, der Weltangstschrei war es, der ihm so tief zu Herzen ging und die Sehnsucht, die Welt aus dieser bangen Angst zu befreien, überstrahlt das Leben und Schaffen dieser herrlichen und edlen Erscheinung: Josef Popper-Lynkeus.

M. Singer.

AUS DER BEWEGUNG.

Die Konsolidierung der Bewegung.

Die letzten Monate können als der Abschluß des Konsolidierungsprozesses unserer Weltbewegung betrachtet werden.

In der Bukowina führte der Kampf mit den „Linken" zu ihrer Sezession und die Parteikonferenz im November 1921 beschloß den Anschluß an unseren Weltverband. Die Partei gibt in Czernowitz ein Zweiwochenblatt in jüdischer Sprache „Arbeiterzeitung" heraus, das auch in den anderen Teilen Rumäniens wachsende Verbreitung findet. Bei den letzten Parlamentswahlen trat die Partei energisch für die sozialdemokratischen Kandidaten ein.

Die Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion in Deutschland hatte sich nach der Spaltung der Weltbewegung keinem der beiden Verbände angeschlossen. Dieser „Neutralismus", der seinerzeit der Hoffnung entsprungen ist, die entzweite Bewegung in der nächsten Zeit durch dieses Abseitsstehen wieder vereinigen zu können, drohte letztens in einen Selbstzweck auszuarten. Die Entscheidung über das weitere Schicksal der Organisation war eine der Hauptaufgaben der Konferenz, die in Berlin am 15. Februar stattfand und an der 27 stimmberechtigte Delegierte teilnahmen. Nach eingehender Erörterung der Grundsätze und der aktuellen Fragen der Weltbewegung, wie auch der konkreten Aufgaben der Organisation in Deutschland beschloß die Konferenz die Stellung des Neutralismus aufzugeben und sich unserem Weltverbande anzuschließen.

Im Geiste unseres Verbandes faßte auch die Konferenz eine Reihe von Beschlüssen über die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufgaben der Organisation in Deutschland und betreffs ihrer Palästina-Tätigkeit.

Die Konferenz stellte sich auf den Boden der Grundsätze der Wiener Arbeitsgemeinschaft. Sie erneuerte den Beschluß, den besonderen Verhältnissen in Deutschland Rechnung tragend, keine eigene Partei zu bilden und forderte die Genossen auf, der U. S. P. beizutreten. Ihre eigenen Aufgaben beschränken sich auf die wirtschaftliche und kulturelle Tätigkeit, den Schutz der eingewander-

ten jüdischen Arbeiter und die Palästinaarbeit.

Die Organisation in Deutschland hat infolge der ostjüdischen Arbeiter-Einwanderung der letzten Jahre vielfach an Bedeutung und Ausdehnungsmöglich gewonnen. Sie besitzt Grupen in Berlin, Leipzig, Frankfurt, Chemnitz, Breslau, Köln, Essen, Dortmund und anderen Orten.

Die Organisation leistet eine bedeutsame Kulturarbeit unter den eingewanderten jüdischen Arbeitern. So werden in diesem Monate für die jüdischen Bergarbeiter (es sind deren mehrere Tausende) in Rheinland-Westfalen Wanderkurse über die Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung und über die Geschichte und Entwicklung der jüdischen Literatur veranstaltet. Die Organisation verfügt auch über einen eigenen Verlag, der u. a. in diesen Tagen Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich" in jüdischer Sprache erscheinen läßt. Sie gibt zwei Halbmonatsblätter: „Jüdische Arbeiterstimme" (deutsch) und „Unsere Bewegung" (jüdisch) heraus.

Mit dem Anschlusse dieser beiden Länder ist die Aufgabe, die neutral gebliebenen Gruppen unter der Fahne unseres Weltverbandes wieder zu vereinigen, endgültig gelöst. Der Ausdehnung unserer Bewegung muß jetzt die Intensivierung und Vertiefung folgen und der Propaganda müssen neue Ziele gestellt werden, die sich auf die vom Kommunismus berauschten oder von unserer Bewegung noch nicht gewonnenen Elemente der Arbeiterschaft erstrecken.

Der Fall Jabotinsky.

Als die ersten Enthüllungen über mysteriöse Verhandlungen und Abmachungen zwischen dem Mitglied der zionistischen Exekutive Jabotinsky und dem Vertreter der Petluraregierung in der Tschechoslowakei Slawinsky in der Presse erschienen, hielt es unser Verbandsbureau für seine Pflicht, die restlose Klärung dieser Angelegenheit mit allen Mitteln zu erzwingen. Es gelang einer unserer Bruderparteien, den Wortlaut des Protokolls über diese Verhandlungen sowie des dieses begleitenden Berichtes Slawinskys an die Petlura-Regierung in die Hand zu bekommen, aus denen klar wurde, daß Jabotinsky die Schaffung einer jüdischen Gendarmerie unter der obersten Leitung der Petlura-Behörden zum Schutze der jüdischen Bevölkerung nach dem von Petlura erhofften Einmarsch in den den Bolschewiki entrissenen Gebieten beabsichtigte. Für alle unsere Genossen war es klar, daß dieses Bündnis mit der konterrevolutionären, mit jüdischem Blut befleckten Petlura-Regierung ein Verbrechen ist, das nur durch die Beseitigung des oder der Schuldigen aus dem öffentlichen jüdischen Leben wieder gut gemacht werden kann. Die erwähnten Dokumente wurden von der gesamten Parteipresse veröffentlicht, und die Forderung erhoben, daß die Leitung der zionistischen Organisation völlig klarstelle, ob und inwiefern sie mit diesem Vertrag etwas zu tun habe und daß Jabotinsky von der Zionistischen Exekutive beseitigt werde. Die Zionistische Exekutive erklärte öffentlich, daß die Tat ihres Kollegen ihr nicht bekannt war und lehnte jede Verantwortung für sein Vorgehen ab. Auf der ersten Tagung des Zionistischen Aktionskomitees, Ende Dezember 1921, haben die Vertreter unseres Verbandes diese Affaire ins richtige Licht gesetzt. Die Verurteilung Jabotinskys war allgemein. Trotz der Tatsache, daß wir nur einen stimmberechtigten Vertreter bei dieser Sitzung hatten, gelang es, für unsere Resolution, die diesen Schritt als unvereinbar mit dem weiteren Verbleiben des Herrn Jabotinsky in der Exekutive erklärt, die Hälfte des Aktionskomitees zu gewinnen. Es bedurfte eines außerordentlichen Eingreifens seitens der leitenden Männer der

Bewegung, eines Hinweises des Schatzmeisters auf die Unentbehrlichkeit des Angegriffenen für die gegenwärtige Sammelaktion in Amerika, einer direkten Mahnung der amerikanischen zionistischen Leitung, im Interesse der Sammelaktion sich augenblicklich einer Stellungnahme zu enthalten, und endlich eines Appells der Rechtskundigen an das Rechtsgewissen der Versammelten, kein Urteil in Abwesenheit des Angeklagten zu fällen, um die übrigen Mitglieder des Aktionskomitees zu veranlassen, sich vorläufig auf eine prinzipielle Ablehnung der Verantwortlichkeit zu beschränken und die Untersuchung der Angelegenheit der Exekutive zu überlassen, die der nächsten Sitzung des Aktionskomitees zu berichten haben wird. Moralisch ist Jabotinsky damit gerichtet. Doch die Genugtuung darüber darf diejenigen, denen es wirklich um Reinheit in der zionistischen Bewegung zu tun ist, nicht dazu verleiten, sich damit zu beruhigen. Der Kampf muß bis zum Ende ausgefochten werden.

DIVERSA.

Für die Opfer der ungarischen Konterrevolution.

Die Wiener Hilfsaktion für ungarische Flüchtlinge (Vorsitzende Gen. Therese Schlesinger, Kassier Gen. **Anton Jenschik**) erläßt einen Aufruf an die internationale Arbeiterschaft, in allen Ländern für die Oeffnung der Grenzen für die ungarischen politischen Flüchtlinge und für eine wirkliche Amnestie aller politisch Verfolgten in Ungarn zu kämpfen. Schließlich fordert der Aufruf die Arbeiter auf, selbst helfend, lindernd und trostbringend einzugreifen, durch Spenden an Geld, Kleidern und Wäsche, um die Tausenden in ungarischen Kerkern Verschmachtenden zu sättigen, zu wärmen, und ihnen das erlösende Gefühl zu geben, daß sie in ihrem Jammer nicht ganz und gar verlassen sind.

Wir fordern unsere Genossen auf, diesen Aufruf zu beherzigen und ihre Spenden direkt an die folgende Adresse einzusenden: Hilfsaktion für ungarische Flüchtlinge, Eingekerkerte und Internierte, Wien, V., Rechte Wienzeile Nr. 97.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Sonnenblum. — Druck „Adria", Wien, II